

Hessisches Pfarrblatt

**Zweimonatsschrift für Pfarrerinnen und Pfarrer
aus Hessen-Nassau,
Kurhessen-Waldeck und Thüringen**

Melanchthon Prolongatus

Ein fiktives Interview mit Philipp Melanchthon **111**

Philipp Melanchthon – „Lehrer der Deutschen“

Zwei Radio-Ansprachen zum Thema **115**

Ein Land – zwei Welten?

Erfahrungen als Pfarrer in Thüringen und Hessen **116**

Lebens- und Sterbebegleitung

Der Hospiz-Verein Gießen e.V. **119**

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rostock hat in diesem Jahr den Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertag beherbergt, und wir nehmen vielfältige Eindrücke mit nach Hause: Begegnungen mit Kolleginnen und Kollegen, die man lange nicht getroffen hat, Berichte über die Situation in anderen Landeskirchen und über die Probleme, mit denen Pfarrerinnen und Pfarrer dort kämpfen, Impulse und Gespräche zum diesjährigen Thema „Die evangelische Kirche und die soziale Frage“ – und nicht zu vergessen, das Erlebnis einer historisch interessanten, sehenswerten und ausgesprochen gastfreundlichen Stadt.



Pause während der Mitgliederversammlung des Verbandes im Tagungszentrum Nikolaikirche (ganz oben); Stadtführung am Blücher-Denkmal (links); die astronomische Uhr in der Marienkirche (rechts).

Beeindruckend auch die verschiedenen Institutionen, die in Kleingruppen besucht werden konnten: allem voran das Stasi-Unterlagen-Museum (dessen Kleingruppe im Nu überbelegt war!), in dem anhand einer Fülle von Schriftstücken und vielen anderen Exponaten Geschichte und Arbeitsmethoden der Stasi sichtbar wurden. Bemerkenswert aber auch das Projekt „Fischkutter“, das Kindern aus sozial schwächeren Familien ein warmes Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung anbietet. Oder die Idee, ein Seniorenheim institutionell mit einem Kindergarten zu verbinden – um nur einige der vielfältigen Beispiele zu nennen.

„Gott gebe uns nicht den Geist der Resignation, sondern des Engagements, der Solidarität und der Verantwortung“ formulierte Landessuperintendent Dr. Kleiminger aus Rostock während einer Andacht den bekannten Satz aus dem 2. Timotheusbrief neu. Diesen Geist können wir in Kirche und Gesellschaft wahrhaftig gut gebrauchen!

Engagement, Solidarität und Verantwortung sprechen auch aus vielen Beiträgen in der vorliegenden Ausgabe des Hessischen Pfarrblattes. Unter anderem gibt es die deutlichen Reaktionen insbesondere auf den Artikel „Grenzenlose Solidarität mit Israel?“ aus unserem letzten Heft. Wir haben die Leserbriefe wie üblich ungekürzt abgedruckt.

Aber auch die Fiktion eines heutigen Interviews mit dem 1560 gestorbenen Philipp Melancthon, den Blick auf 20 Jahre deutsche Einheit aus der Perspektive pfarramtlicher Tätigkeit in „Ost“ und „West“ und die Vorstellung der Arbeit im Hospiz-Verein Gießen möchten wir Ihrer interessierten Lektüre empfehlen. Auch in diesem Heft zeigen sich also vielfältige Eindrücke, die wir gerne an Sie weitergeben!

Mit herbstlichen Grüßen von

Maik Dietrich-Gibhardt und Susanna Petig

PS: Wer sich noch nachträglich einen Eindruck vom Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertag verschaffen möchte, kann das unter „pfarrerverband.de“ tun. Hier finden sich auch Links zu den Beiträgen der Tagesschau am 20. und 21. September sowie dem „Nordmagazin“ des NDR, die darüber berichtet haben – ein überraschend starkes mediales Interesse an diesem Pfarrtag!

„MELANCHTHON PROLONGATUS“

Ein fiktives Interview mit Philipp Melanchthon

Jochen Kunath / Konrad Fischer

Sehr geehrter Herr Melanchthon, sicher haben Sie das neue Reformpapier der EKD ausführlich studiert. Was halten Sie insgesamt von diesem mutigen Reformvorstoß?

Ich möchte hier eigentlich nicht von Mut sprechen. Mutig war man in Stuttgart, als es aus Schuld und Verbrechen heraus einen neuen Aufbruch zu machen galt. Mutig war man in Barmen, als die Substanz des Evangeliums auf dem Spiel stand. Mutig mussten wir damals sein, als sich in der konsequenten Besinnung auf die Bußgestalt der Kirche die Produktivkraft des Evangeliums Bahn brach. *Sündenvergebung und Buße, das sind die Kernstücke.** Das war damals für uns die entscheidende, und wie man im Ergebnis sieht, außerordentlich gestaltunsmächtige Einsicht, und insofern möchte ich schon vorschlagen, das ganze Reformprojekt auch unter diesem Gesichtspunkt noch einmal zu beleuchten. *Ich bitte Gott, den ewigen Vater unseres Herrn und Mittlers Jesus Christus: Schenke uns durch deinen heiligen Geist, dass wir in Demut, Liebe und in festem Vertrauen auf deine heilsame Gegenwart den Weg deiner Kirche weitergehen.*

Gut, verständigen wir uns darauf, den Reformimpuls der EKD einfach nur nützlich und nötig zu nennen.

Zustimmung. Die Kirche hat seit ihren Anfängen beständig ihre äußere Gestalt verändert und verändern müssen. Dabei muss man allerdings im Sinn behalten, was Kirche ist und bedeutet. Sie können das ja mühelos in dem Dokument nachlesen, das ich seinerzeit für den Augsburger Reichstag zu erstellen hatte. *Die Kirche, habe ich damals formuliert, ist die Versammlung aller Gläubigen, bei welchen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente evangeliumsgemäß gereicht werden.* Das klingt heutzutage einigermäßen altmodisch; und ich weiß auch, dass manche das ziemlich minimalistisch finden. Sie wünschen sich eher eine große, eine straff organisierte und möglichst medienfähige Kirche. Ich will das nicht kleinre-

den. *Eine Kirche, die ihren Auftrag ernst nimmt, braucht geistliche und materielle Ressourcen, sie muss öffentlich wirken und wahrgenommen sein.* Dazu braucht sie ein selbstbewusstes Vertrauen in den ihr aufgetragenen Dienst. Das in der Tat ist Kraft, *die aus dem getrösteten Gewissen erwächst.* Ich bin immer wieder erstaunt und *danke Gott, dem ewigen Vater unseres Herrn Jesus Christus,* dafür, dass so viele Menschen in so vielen Gemeinden sich mit so viel Liebe um das Evangelium sammeln. Aber wir dürfen nie vergessen: Nicht wir sind es, die die Kirche Gottes bauen. *Vielmehr Gott ist es, der sich unter uns seine Kirche sammelt.*

Heißt das am Ende, die Dinge gehen lassen und nichts tun und einfach darauf warten, dass der heilige Geist Wunder tut?

Überhaupt nicht. Wenn wir *lehren, dass alle Zeit eine heilige christliche Kirche sein und bleiben müsse,* so ist das kein frommer Wunsch, den wir Gott im Himmel anbefohlen sein lassen und im Übrigen warten, dass er seine Verantwortung wahrnimmt. Es ist vielmehr ein klares Bekenntnis zu unserem ureigensten Auftrag. *Gottes Geist will durch seine Kirche in der Welt wirksam sein.* Deshalb liegt der Gestaltungsauftrag bei uns. Dafür müssen wir alles, was die Zeit hergibt, in Anspruch nehmen!

εξαγοραζομενοι τον καιρον! Aber es kommt sehr auf den Geist an, aus dem heraus wir denken, planen und handeln. Zu Recht nimmt „Kirche der Freiheit“ auf 2 Tim 1, 7 Bezug. Nur würde ich mir wünschen, dass der „Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit“ als gewissermaßen Orgelpunkt der Gesamtkomposition auch immer mit im Spiel und vor allem vernehmbar wäre.

Müssen wir das jetzt als grundsätzliche Kritik am Reformpapier der EKD verstehen?

Keineswegs. Es geht mir nur um die sachgemäße Zuordnung der Gewichte. *Es ist nicht nur legitim, sondern nachgerade unabdingbar, das gesamte Wissen unserer Zeit für die wunderbare Botschaft von der Vergebung der Sünden in Anspruch zu nehmen.* Und es ist völlig in Ordnung, Projektbeschreibungen und Zieldefinitionen zu

* Kursiv gesetzte Ausdrücke oder Sätze sind Originalzitate von Melanchthon oder an Denkform und Ausdrucksweise Melanchthons angelehnt.

liefern. Aber man darf Theologie und weltliche Wissenschaften nicht vermengen, wie das leicht der Fall sein kann, wenn beispielsweise, wie in „Kirche der Freiheit“ geschehen, aus der Perspektive einer unternehmenskybernetisch definierten Führungskultur das konziliare Synodalprinzip der Kirche unter Druck gerät. Ich würde mich freuen, wenn die kirchenleitenden Organe im praktischen Leitungsgeschäft der Theologie ein größeres und deutlicheres Vertrauen entgegenbrächten. Gerade wenn es ans Reformieren geht, muss man sich davor hüten, die geistliche Verantwortung an die Zielstellung profaner Wissenschaft zu delegieren. Klar: Wir müssen unsere Strukturen – wie übrigens auch unsere Sprache – immer wieder den veränderten Bedingungen anpassen. Das haben wir damals – und unter welchen Widerständen und Mühen! – nicht anders gemacht. Aber am Ende müssen die Dinge immer aus der Lehre des Evangeliums, also theologisch, entschieden werden. Der Duft der Salben des Herrn übertrifft nämlich die Wohlgerüche menschlicher Wissenschaften. Man darf daraus kein Totschlagargument machen. Aber man muss die Dinge ordentlich ins Verhältnis setzen. *Die Kirche lebt in den Herzen der Menschen.* Das ist das Eine, gewissermaßen der geistgewirkte und geistliche Herzschlag der Kirche. *Aber sie lebt auch in ihren Ordnungen und Strukturen.* Das ist das Andere, ihre unverzichtbare Außengestalt. Schon damals in Augsburg habe ich unmissverständlich festgestellt: *Die Kirche ist als Gemeinschaft des Glaubens selbstverständlich auch ein soziales Gebilde. Sie hat äußere Kennzeichen und Riten.* Manche davon sind mittelbar, sind zeit- und ortsgebunden und entsprechend veränderlich und austauschbar, *Adiaphora* haben wir das früher genannt. Andere sind *unmittelbar von Gott eingesetzt und in ihrem Öffentlichkeitsanspruch unaufgebbar. Man kann sie schmecken, riechen, mit Ohren und Augen merken, nämlich die reine Lehre des Evangeliums, den schriftgemäßen Gebrauch der Sakramente und der Lebensgehorsam gegenüber dem Gebot Gottes.*

Sie waren damals maßgeblich an der Reformation beteiligt. Heute sprechen wir über „Kirche der Freiheit“. Wie definiert sich für Sie protestantische Freiheit im Jahre 2010?

In der Ausgabe letzter Hand meiner *loci theologici* aus dem Jahr 1559, mit denen ich – Sie erlauben mir, das hier in aller Bescheidenheit anzumerken – seit der Erstaufgabe im Jahr

1521 gewissermaßen der Erfinder der lutherischen Dogmatik geworden bin, finden Sie am Ende, gleichsam als Abschluss und Zielpunkt aller Überlegungen, den Traktat *„Von christlicher Freiheit“*. Freiheit könnte man als den individualisierten Inbegriff der Kirche bezeichnen. *Grob gesprochen, meint „christliche Freiheit“ diejenige vollkommene Freiheit, die nach diesem sterblichen Leben in der ewigen Seligkeit ihren Ort hat, wo Gott sein wird alles in allem, ohne Tod, ohne Armut, ohne Betrübnis, dafür eine Gottesfreude ohne Ende.* Gegen den Druck der Moderne, die uns als Kirche wie als einzelnen Gläubigen durch allerlei drittklassige Vertröstungen diesen eschatologischen Ausblick abkaufen will, haben wir Grund, entschlossen an der Botschaft vom ewigen Heil festzuhalten. *Wenn euch nun der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei.* Nimmt man es oberflächlich, so trachten heutzutage die Menschen ja nicht mehr zuerst nach dem Reich Gottes. Sie trachten nach Sinn. Aber weil *ich immer dafür war, Worte genau zu nehmen,* will ich unsere Zeitgenossen gerne daran erinnern, dass das Wort Sinn sich in seiner Wurzel von dem althochdeutschen *sinnan* herleitet, das heißt soviel wie *laufen, trachten, streben, einer Zielrichtung folgen.* Die Menschen suchen nach dem Weg, den sie gehen können, einen, der nicht ins Leere führt, sondern ins Leben, auch wenn der Tod irgendwo da vorne drohend seine Hand erhebt. Wir sterben keinen leeren Tod. Wir sterben dem Herrn Christus entgegen. Das ist für mich Fundament und *Angeld unserer Freiheit,* und davon sollen wir reden, frei, öffentlich und selbstbewusst. Deshalb *bedeutet Freiheit Rettung.* Niemand ist unrettbar an die Mechanismen dieser Zeit verloren. *Der Sohn kommt und macht dich frei. Das ist ein ungeheurer Trost und wunderbare Botschaft.* Dass damit zugleich *für dieses sterbliche Leben ein hohes Maß an Gestaltungsfreiheit einhergeht,* versteht sich nachgerade wie von selbst. Wir sind unseren selbstgeschaffenen Riten, Bräuchen, Ordnungen und Zwängen nicht unterlegen. *Wir sind vielmehr frei, sie nach den Regeln der Vernunft zu einem bürgerlichen Leben zu nutzen und zu gestalten. Nur, dass uns Gott mit der Freiheit eben auch sein Gebot ins Herz schreibt. Sollen wir ihm in der Seligkeit gleichförmig werden, so dann hier angeldweise bereits auch seinem Willen. Wiedergeburt und neuen Gehorsam* haben wir das früher genannt. Deshalb bedeutet Freiheit zugleich Bindung, das hat „Kirche der Freiheit“ zu Recht betont, Bindung an das

göttliche Gebot und Verantwortung vor dem Richterstuhl Gottes. Dass wir mit diesen äußersten Dimensionen unseres Glaubens rechnen, das muss in allen unseren Reden und allen unseren Handlungen deutlich werden. Die Menschen brauchen das!

Im deutschen Protestantismus geht die Angst um. Von Krise und Wachsen gegen den Trend ist die Rede. Welche Herausforderungen sehen Sie als die an, denen man sich heute als Kirche und Christ/in stellen muss?

Über das Erfordernis einer selbstbewussten Kirche war schon zu reden. Was das Wachsen angeht, sollten wir uns nicht von einem ökonomistischen Wachstumsbegriff narren lassen.

Eph 4: ἀληθευοντες εν αγαπη αυξησωμεν εις αυτον, ος εστιν η κεφαλη, Χριστος.

Und wenn Sie mich nach Herausforderungen fragen: Die Kirche muss klar als geistliches Institut kennbar bleiben. Das hat einer meiner modernen Kollegen hervorragend ausgedrückt, als er vor einer Selbstsäkularisierung der Kirche warnte. Und die Kirche muss in allen Belangen qualifiziert am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen können, und das heißt zugleich, eine auf die verschiedenen gesellschaftlichen Diskurse anschlussfähige theologische Sprache entwickeln. Das leisten die Denkschriften und Texte der EKD ja gelegentlich ganz ausgezeichnet, nur ist es bedauerlich, dass sie von den Gemeinden und ihren Leistungsverantwortlichen oft nicht so sehr zur Kenntnis genommen werden. Ich denke, das ließe sich leicht ändern. Meine eigene Arbeit bestand damals ja auch nicht nur in der Ausarbeitung der *loci*. Durch das große Netz meiner Korrespondenzen (im Laufe meines Lebens sind da immerhin mehr als 10.000 Briefe zusammengekommen) habe ich im Grunde an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen in ganz Europa Anteil gehabt. Meine *Kommentare zu den antiken Schriftstellern und Philosophen* gehören bis heute zum gemeinsamen europäischen Erbe. Womit ich für die Kirche – und nicht nur für ihre übergreifenden Leitungsorgane, sondern ebenso für die örtlichen Ekklesien – ein prinzipielles Öffentlichkeitsbewusstsein eingefordert haben möchte. *Kirche, die nicht verborgen bleiben kann, ist öffentliche Kirche. Unter allen Agenden und road maps, die heute in der Welt eine Rolle spielen, haben wir mit den 10 Geboten die überhaupt klarste. Mt 5,14. Und was das Stichwort Angst angeht:*

Gott hat die Kirche unter das Kreuz gelegt, damit sie lernt, ihm in allen Stücken zu vertrauen. Er sammelt sie. Er wird sie auch bewahren. Gegen eine Hermeneutik der Angst setze ich auf eine Hermeneutik des Vertrauens.

Das Predigtamt hat sich seit Ihrer Zeit stark gewandelt. Welches Profil sollte Verkündigung und die Menschen, die damit beauftragt sind, heute haben?

Das meiste habe ich dazu bereits gesagt. Nur was die Menschen angeht, die das *ministerium Verbi* zu üben haben, möchte ich noch ergänzen: Ich wünsche mir auch heute Predigerinnen und Prediger, wie ich sie früher als *homines doctos et pios* bezeichnet habe, theologisch umfassend gebildet, in Wissenschaft und Sprachen bewandert und voller Vertrauen in ihr Amt. *Denn wo einer, Mann oder Frau, auf öffentliche Berufung hin in Treue zum apostolischen Wort den Dienst der Verkündigung leistet, da darf und soll er der wirksamen Gegenwart des Herrn Jesus Christus gewiss sein. Die alten Sprachen dürfen auf keinen Fall vernachlässigt werden (das Lateinische ist nach Formenlehre und Syntax bis heute als Einübung in sprachliche Genauigkeit unverzichtbar, und immerhin sind Griechisch und Hebräisch die Sprachen Gottes), aber darüber hinaus sollten Pfarrerinnen und Pfarrer schon aus Gründen der Ökumene instand gesetzt werden, mindestens des Englischen mächtig zu sein. Und noch eines: Für mich ist Dialogfähigkeit eine ganz zentrale Gabe. Sie sollte auch im Verkündigungsdienst spürbar werden. Eine Predigt, die sich nicht innerlich mit ihren Zuhörern im Gespräch befindet, muss verhalten wie ein leeres Wort.*

Was sind für Sie heute Ziel und Grenzen der Ökumene?

Dass die römische Kirche, die Papstkirche, den von Gott gewiesenen und von uns beschrittenen Weg der Erneuerung der einen heiligen katholischen und apostolischen Kirche nicht mitgegangen ist, schmerzt mich bis auf den heutigen Tag. Ich bedaure zutiefst, dass durch die entstandene Spaltung die Eigenschaftsbestimmung „katholisch“ für unsere Gemeinden verloren gegangen ist. Denn *selbstverständlich nehme ich für unsere Ekklesien, also für die Kirchen der Reformation, in Anspruch, Glieder der einen heiligen katholischen und apostolischen Kirche zu sein. Ich finde, wir sollten ler-*

nen, das Attribut katholisch wieder auf uns selber und unsere Kirche anzuwenden. In der Abschlusserklärung der Neunten Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Porto Alegre im Frühjahr 2006 („Berufen, die eine Kirche zu sein“) finden sich *die wunderbaren Sätze*: „Jede Kirche ist als Kirche katholisch, und nicht einfach ein Teil davon. Jede Kirche ist katholische Kirche, aber nicht deren Ganzheit. Jede Kirche vollzieht ihre Katholizität, indem sie in Gemeinschaft mit anderen Kirchen steht.“ Was die römische Kirche angeht, sind wir ja in sehr vielen Fragen schon damals einander sehr nahe gekommen. Als ich 1999 die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre las, war ich geradezu gerührt, ein Text meines Geistes, habe ich gedacht, als hätte ich selber mit am Tisch gegessen.

Ich habe auch schon früh meine Bereitschaft erklärt, mit Blick auf das darin enthaltene ökumenische Potential (so nannte man das damals noch nicht, war aber sachlich so gemeint) *an der besonderen Stellung des römischen Bischofs festzuhalten, allerdings unter dem Vorbehalt, dass auch das Papstinstitut lediglich als menschliche Ordnung zu gelten hat und der Autorität des Schriftwortes unterliegt*. Das hat, nebenher gesagt, einer meiner jüngeren Kollegen *in meiner kurpfälzischen Heimat* vor ein paar Jahren aufgegriffen. Es kann dann natürlich ein autoritatives Lehramt des Papstes nicht geben. Was aber nicht bedeutet, dass es das *Lehramt der Kirche nicht gäbe*. Gewiss: *Schriftauslegung bleibt im Letzten immer eine Frage des persönlichen Gewissens, weshalb Fragen der Schriftauslegung selbst durch Synoden nicht entschieden werden können*. Hier ist das einzelne Gewissen vor Gott unvertretbar. Aber *niemand soll die Schrift auslegen, ohne zuvor die Kirche sorgfältig gehört zu haben*. In dieser Perspektive haben nach meiner Überzeugung auch wir *durchaus von einem Lehramt der Kirche auszugehen*. Damit will ich sagen: Mit Porto Alegre besteht das Ziel in der sichtbaren Einheit, und zwar in der im aufgeführten Zitat beschriebenen Weise. Was aber Rom angeht, bildet der Papst und mit ihm die Hierarchie und mit ihr das Verständnis der Kirche und mit ihr die Frage des ordinierten Amtes und mit ihm das Verständnis der Mahlgemeinschaft eine Grenze, von der ich nicht sehe, wie sie überwunden werden könnte. Vielleicht, dass zu späterer Zeit die anderen (und ja doch ebenso wichtigen) ökumenischen Entwicklungen, auf die ich entscheidend Einfluss

nehmen konnte, die evangelischen Unionen des 19. Jahrhunderts und der Weg in die Leuenberger Kirchengemeinschaft – wussten Sie, dass heute bereits mehr als 100 Kirchen der GEKE in Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft verbunden sind? – vielleicht, dass sie in späterer Zeit hier Vorbildcharakter gewinnen. Im *Gutachten zum Heidelberger Abendmahlsstreit habe ich seinerzeit den Gemeinschaftsgedanken stark gemacht*. Das hat sich in der Leuenberger Konkordie 1973, also 413 Jahre später, durchgesetzt, als die unterschiedlichen Interpretationen der Gaben im Abendmahl infolge Plausibilitätsverlusts ihre trennende Kraft längst verloren hatten. Wer weiß, ob nicht auch in der Frage des Papstamtes eines Tages mit einer solchen Entwicklung zu rechnen ist.

Noch zwei eher politische Fragen: In Deutschland herrscht anno 2010 Bildungsnotstand. Hätten Sie aus Ihrer Erfahrung Rezepte gegen diesen Notstand? Die Wirtschaftskrise liegt nicht weit zurück und ihre Konsequenzen sind noch nicht absehbar. Was heißt christliches Umgehen mit dieser Krise für Sie?

Ich möchte mich dazu heute eigentlich nicht so ausführlich äußern. Als *praeceptor germaniae* hat man mich ja weiß Gott wie oft in Anspruch genommen. Ich bin deshalb froh, dass ich hier vorrangig zu Fragen von Lehre und Gestaltung der Kirche angesprochen worden bin. Nur *man muss sehen, dass Bildung und Frömmigkeit aufs dichteste zueinander gehören*. Ich geniere mich nicht, *Bildung als geradezu gottesdienstliches Geschehen zu interpretieren*. *Bildungspflicht und Bildungsrecht stehen im Horizont göttlicher Weisung*. Von daher würde ich für heute ein Menschenrecht auf *Bildung* postulieren, was dann bedeutet: *Bildung darf nicht auf ihre ökonomische Funktion reduziert werden*. *Sie hat als Menschenbildung und Propädeutikum der Gottesbildung ein ganz eigenes Gewicht*. *Frömmigkeit und Rohheit passen nicht zueinander*. Und es steht keineswegs im Ermessen des Staates, ob und in welchem Umfang er sich im Bildungswesen engagiert. Der Bildungsauftrag der öffentlichen Hand gehört in seiner gesellschaftlichen und rechtlichen Wertigkeit auf den nämlichen Rang gehoben, welcher der Rechtsstaatlichkeit schon längst und der Sozialstaatlichkeit *in unserem Gemeinwesen* leider erst allmählich eingeräumt wird. Und was die Wirtschaftskrise angeht: Man muss das ganze Spekulantennunwesen überdenken. *Die Zivilgesell-*

schaft hat keinen Bestand, wenn es in Fragen des gesellschaftlichen Austauschs keinen gerechten Ausgleich gibt. Ist erst einer der am gesellschaftlichen Austausch beteiligten Partner erschöpft, muss die Gesellschaft zusammenbrechen. Das ist die Gefahr im Hintergrund der Krise.

Zum Schluss noch eine eher persönliche Frage: Könnten Sie sich vorstellen, EKD-Ratsvorsitzender zu werden und welche Ziele hätten Sie dann?

Zum ersten Teil der Frage: Klar nein! Meinem Selbstverständnis nach bin ich ein Gelehrter, in den philosophischen Fächern magistriert und auf dieser Basis mein Leben lang Professor für Altgriechisch auf dem Lehrstuhl der Leucorea zu Wittenberg. In der Theologie habe ich es – und auch das nur auf drängenden Wunsch meines ehrwürdigen Freundes D. Luther – lediglich zum Baccalaureus gebracht, das hat mir genügt, um meinen Studenten die biblischen Texte auszulegen. In Respekt vor dem *ordinierten Amt der Kirche* habe ich nie von der Kanzel

gepredigt und nie den Gottesdienst geleitet, denn die *Berufung des Lehrers* (wie früher des Katecheten) gilt der *Unterweisung im Evangelium an Schulen und Universitäten, nicht dem obersten Leitungsamt der Kirche*. Aber ich könnte mir gut vorstellen, Mitglied im Rat der EKD zu werden. Was wären meine Ziele? *Vertrauen!* Vertrauen in die Vollmacht des der Kirche von Gott zugewiesenen Dienstes. Vertrauen in die *Wirkmächtigkeit des Gebets*. Vertrauen in die der Kirche geltenden *Verheißung Gottes*. *Verbum Dei manet in aeternum*.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Jochen Kunath und die Antworten entwarf Konrad Fischer, Bretten.

Dr. Jochen Kunath ist Pfarrer in Freiburg.

Dr. Konrad Fischer ist Pfarrer, Melanchthonforscher, theologischer Autor und Publizist.

Aus: Badische Pfarrvereinsblätter, Nr. 4
April 2010, S. 108-114

PHILIPP MELANCHTHON – „LEHRER DER DEUTSCHEN“

Zwei Radio-Ansprachen zum Thema

Klaus von Mering

Er war nur klein von Gestalt, aber ein Großher der Weltgeschichte: Philipp Melanchthon, Freund Luthers und „Lehrer der Deutschen“. Eine biographische Skizze einer protestantischen Persönlichkeit – in fünf Rundfunkansprachen, die im Oktober 2009 in Niedersachsen gesendet wurden.

Zwei davon geben wir hier wieder.

Der Lehrer der Deutschen

„Lehrer der Deutschen“ – wissen Sie, wer so genannt wird? Philipp Melanchthon, der Freund Martin Luthers. Das hat seinen guten Grund, denn Melanchthon, jener Professor aus dem 16. Jahrhundert, setzte seinen Schwerpunkt bei den Kindern. In der Schule sollten sie lernen, sich mit Fragen und Antworten auszutauschen und so im Wissen und im Glauben zu wachsen. Lernen, tiefer in Lebensfragen eindringen und das ohne Rechthaberei und ohne Eitelkeit – das war dem Freund des Reformators wichtig. So schrieb er einmal Worte, die noch heute so aktuell sind wie damals:

„Die Jugend in den Schulen vernachlässigen, heißt nichts anderes, als den Frühling aus dem Jahr hinwegnehmen. Wahrhaftig, die nehmen den Frühling aus dem Jahre hinweg, welche die Schulen verfallen lassen. Und schreckliche Finsternisse werden in der ganzen bürgerlichen Gesellschaft die Folge sein, wenn man das Studium der Wissenschaften vernachlässigt.“

Bildung und Wissenschaft für alle – dafür hat sich Melanchthon eingesetzt. Ihm verdanken wir heute die allgemeine Schulpflicht – die gab es damals nämlich bei uns noch nicht. Und überall, wo er hin kommt – als kirchlicher oder wissenschaftlicher Berater ist er viel unterwegs – da legt er den Grundstein für neue, bessere Schulen. Sogar in seinem eigenen Haus in Wittenberg macht der vielbeschäftigte Professor eine Schule auf. Er will im täglichen Leben selbst überprüfen und üben, was er anderen empfiehlt. Aus allen Teilen Deutschlands bewerben sich junge Leute um einen der begehrten Plätze. Aber Melanchthon nimmt nicht nur

die Besten der Besten, sondern ganz bewusst auch solche Kinder, denen die nötige Förderung fehlt. Er weiß: Nur wer lernt, kann unterscheiden zwischen wirklich Wichtigem und dem, was nicht so wesentlich ist. Und so werden wir offen für beides: für den Glauben und für die Toleranz. Glaube schafft Vertrauen. Und Vertrauen erträgt gelassen verschiedene Meinungen.

1526 hält Melanchthon in Nürnberg eine viel beachtete Rede. Anlass ist die Eröffnung der später nach ihm benannten Schule, die bis heute dort besteht. Darin ruft der Reformator die Bürger der Stadt auf: Achtet auf eure Schulen. Kluge und gebildete Bürger sind für Stadt und Land wichtiger als Festungsmauern. Dieser Grundeinstellung verdankt Philipp Melanchthon den lateinischen Ehrennamen Praeceptor Germaniae, Lehrer der Deutschen.

Ein unschlagbares Team

Am Sonnabend feiern wir Reformationsfest. Sie wissen schon: Das war der Anschlag der 95 Thesen an der Schlosskirche in Wittenberg im Jahr 1517. Der Name, der sicher den meisten hierzulande dazu einfällt, heißt Martin Luther. Sein Freund und engster Mitarbeiter ist dagegen viel weniger bekannt: Philipp Melanchthon. Dabei hat Luther über ihn gesagt: „Dieser kleine Grieche übertrifft mich sogar in der Theologie“. Und: „Es gibt auf Erden keinen, den die Sonne bescheint, der solche Gaben hätte!“

Luther verdankte ihm viel. Auch die Idee, dass Luther während der Gefangenschaft auf der Wartburg das Neue Testament aus dem Griechischen ins Deutsche übersetzen sollte, stammte von Melanchthon. Der korrigierte und ergänzte die Übersetzung, die ihm Stück

für Stück per Geheimboten zugeleitet wurde. Noch fast 500 Jahre später ist ihre Bibelübersetzung unvergessen. Denken Sie an die Seligpreisungen aus dem Matthäusevangelium: „Selig sind, die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen.“ Das ist Luthers Sprache, ergänzt durch Melanchthons Korrekturen.

Freilich: Zwei ganz verschiedene Menschen waren da gemeinsam bei der Arbeit. Luther nannte sich einmal einen groben Waldarbeiter, der mit der Axt Schneisen in den Wald schlägt. Magister Philippus dagegen gleiche einem Gärtner, der alles genau berechnet, fein anlegt und schön ausführt. Luther beeindruckte seine Zuhörer und Leser durch die Kraft seiner bildhaften Sprache. Man konnte mitfühlen, was er meinte. Melanchthon dagegen war es wichtig, dass die Menschen auch verstanden, was sie glaubten. Gott spricht zu uns nicht durch unsere Gefühle, sondern durch sein Wort, geschrieben in der Bibel: Und dieses Bibelwort müssen wir für die Gegenwart auslegen durch gewissenhafte Arbeit am Text. Ich deute das so: Gott spricht zu mir durch sein Wort. Das versuche ich zu verstehen. Genauso wie das Wort eines Menschen, der mit mir redet. Vielleicht ist mir nicht jede Einzelheit klar. Aber wenn auf ein Wort Verlass ist, wenn einer mir sein Wort gibt, dann ist das genug. Glauben und verstehen, Kirche und Wissenschaft – das ist eben kein entweder-oder. Philipp Melanchthon, wie modern du bist!

*Autor: Klaus von Mering, Rastede
aus: Oldenburger Pfarrblatt Nr. 57 /
September 2010*

EIN LAND – ZWEI WELTEN?

Erfahrungen als Pfarrer in Thüringen und Hessen

Hans Jürgen Basteck

Gekürzter Vortrag in der Reihe „Erfurter Vorträge“, gehalten am 10. Mai 2010 in der Bildungsstätte St.Martin, Farbengasse 2, Erfurt.

Im Jahr 20 nach der deutschen Wiedervereinigung schaut die Politik in diesen Monaten mit großen Gesten, mancher Bürger in Deutschland-West eher gelangweilt, viele Bürger in Deutschland-Ost jedoch mit Verwunde-

rung zurück: „Bin ich wirklich in diesem historischen Moment dabei gewesen? So friedlich, so schnell gelang die Zeitenwende von einem politischen System zum anderen?“

Von allen Lebensbereichen einschließlich der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen Ostdeutschlands wurden die Kirchen in ihren Strukturen zunächst noch am wenigsten

von dem politischen Systemwechsel berührt. Auf dem Gebiet des „neuen“ alten Bundeslandes Thüringen, das sich jetzt Freistaat nannte, waren die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Thüringens sowie die Kirchenprovinz Sachsen vertreten. Hinzu kam mit dem Dekanat Schmalkalden eine Art kirchliche Sonderzone, in der – so wurde geflächst – der Thüringer Landesbischof ein Visum benötigte, wenn er einmal einreisen wollte.

Ursache hierfür war die bewegte Geschichte dieser hessischen Exklave seit der Reformation. Erst seit 1944 gehörte der Landkreis Schmalkalden politisch überhaupt zu Thüringen. Kirchlich verblieb er ungeachtet der staatlichen Neuordnung nach 1944/45 bei der Landeskirche von Kurhessen-Waldeck. Als es nach dem Mauerbau ab 1961 faktisch unmöglich wurde, die kirchlichen Belange noch von Kassel aus zu steuern, übernahm die Thüringische Landeskirche für das Dekanat Schmalkalden die Vertretung gegenüber den staatlichen Stellen. Man machte in Eisenach allerdings zur Auflage, dass das Dekanat finanziell auf eigenen Beinen stehen müsse. Ein Transfer von Geldleistungen – sei es nun bei der Pfarrerbildung oder bei der Instandhaltung von kirchlichen Gebäuden – wurde ausgeschlossen. Die Überzeugung der Gemeindeglieder im Dekanat dazu war: Im Kopf sind wir Thüringer, im Bauch Kurhessen, im Herzen jedoch Schmalkaldener!

Im Zusammenhang der politischen Vereinigung beider deutschen Staaten zeichnete sich bald die Perspektive einer Rückkehr des Dekanats in die Landeskirche von Kurhessen-Waldeck ab. Am 24. April 1991 beschloss die Landessynode, das Dekanat Schmalkalden als (seinerzeit) 27. Kirchenkreis wieder in die Landeskirche von Kurhessen-Waldeck aufzunehmen. Vorausgegangen waren ein Antrag der Schmalkaldener Kreissynode und eine Diskussion um das Für und Wider einer scheinbaren Reaktivierung altdeutscher Kleinstaaterei. Doch wer hätte 1990/91 im Zuge der innerdeutschen Euphorie den ostdeutschen „Brüder und Schwestern“ einen solchen Wunsch nach Wiederaufnahme in ihre kurhessische Landeskirche ausschlagen wollen!?

Bald darauf kamen die ersten „Westpfarrer“ nach Schmalkalden, die unter zunächst abenteuerlichen Bedingungen eine neue Verwaltungsstruktur aufbauen mussten, die den juristischen und betriebswirtschaftlichen Standards der alten Bundesländer entsprach.

Ich selber kam im Mai 1995 auf **meine erste Pfarrstelle**, eine bäuerlich geprägte Landgemeinde im südlichen Thüringer Wald.

Wie begegnet man nun als Pfarrer mit Westbiographie den Menschen seiner ostdeutschen Gemeinde? Schnell musste ich erkennen, dass ich weder in einem Dorf mit einer „Heldengeschichte“ gelandet, noch von besonders mutigen Friedenskämpfern umgeben war. Sehr wohl empfand ich allerdings einen Vertrauensvorsprung, den auch Menschen außerhalb meiner Gemeinde der Kirche und ihren Vertretern entgegenbrachten. Für meinen Anfang im Osten war das eine gute Ausgangsbasis. Ich hielt diesen Amtsbonus meinen Vorgängern zugute, denen es offensichtlich gelungen war, auch in einem atheistischen Umfeld Menschen zum Glauben zu ermutigen und selber mit ihren Familien überzeugend ihr Christ-Sein zu leben.

Ich stellte mir vor, dass diejenigen, die ihren Glauben bis hierhin durchgehalten hatten, doch eigentlich stolz auf das nun Erreichte sein müssten. Doch mit dem Begriff „Stolz“ hatten viele ihre Mühe. Neue Themen beherrschten längst die Gemüter: Bleibt mir mein Arbeitsplatz erhalten? Habe ich in meiner Heimatregion noch eine Zukunft? Schaffe ich den Anschluss an den neuen Arbeits- und Lebensrhythmus? Reicht das Geld, um mir endlich das zu leisten, wovon ich schon so lange geträumt habe? Manche sahen in der neuen Zeit eine große Chance, für andere wirkten all die fremden Formulare, Regelungen oder Zuständigkeiten wie eine demokratisch verpackte Entmündigung.

Auch die Kirche war davon nicht frei! Zwar gab es neue Möglichkeiten der Finanzierung für Bauvorhaben, Gemeindeprojekte oder Mitarbeiterstellen. Doch um an diese Mittel heranzukommen, bedurfte es eines komplizierten und ungewohnten Antragsweges. War das Geld z.B. für eine Kirchenrenovierung schließlich bewilligt, wollten auch die zuständigen Fachreferenten des Landeskirchenamtes ein gewichtiges Wort mitreden. Was zu DDR-Zeiten mit einer kirchlichen Baubrigade während eines Sommers im Hau-Ruck-Verfahren erledigt wurde, bedurfte jetzt eines Architekten-Gutachtens und einer offiziellen Ausschreibung.

Recht bald wurden der Kirche neue Aufgabenfelder angetragen, die besetzt und inhaltlich ausgestaltet werden mussten. Dazu zählten u.a. der Religionsunterricht an allen privaten und staatlichen Schulen, der Aufbau eines

sozial-diakonischen Beratungsnetzes, die Unterbringung und Förderung insbesondere von geistig behinderten Menschen oder die Präsenz in den regionalen Medien.

Auf die Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter/-innen kamen plötzlich vielfältige neue Aufgaben hinzu, auf die die meisten kaum vorbereitet waren. Konflikte blieben nicht aus. Alte Fragen brachen auf, neue kamen hinzu. Um nur einige zu nennen:

- Wie hat sich Kirche in einem nach wie vor atheistisch geprägten Umfeld zu verhalten?
- „Volkskirche“: Heißt das Kirche wirklich für alle? Wie hoch ist die Schwelle zu legen, die z.B. für einen Kircheneintritt überwunden werden muss? Wie schauen die Mitglieder der Kerngemeinde auf diejenigen, die nach Jahren der kirchlichen Distanz wieder zu ihnen stoßen – und sei es dadurch, dass sie ihre Kinder taufen und konfirmieren lassen?
- Die nahtlose Einführung des westdeutschen *Kirchensteuersystems* war in den ostdeutschen Synoden nicht unumstritten, deutete sich doch für so manchen Kritiker darin eine bis dahin ungewohnte und stellenweise auch nicht gewollte *Nähe zum Staat* an. Eine ähnliche Skepsis tat sich gegenüber der kirchlichen Präsenz an der *Schule* auf, vor allem aber im Bereich der *Militärseelsorge*.
- Lassen sich die westdeutschen Strukturen im Osten überhaupt 1:1 übertragen? Trennt die Geschichte der letzten vierzig Jahre nicht auch die Christen stärker, als sie es vielleicht selber wahrhaben wollen?

Heute, d.h. zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung, kreisen die Gedanken in vielen evangelischen Landeskirchen erneut um nötige Reformschritte und Anpassungsmaßnahmen. Passen die Antworten West auf die Erfordernisse Ost? Setzen die Kirchen im Osten bereits modellhaft um, was früher oder später auch auf die Kirchen im Westen zukommt? Alles etwas kleiner, weniger situiert, dafür auf das wirklich Machbare konzentriert? Täuscht die Stabilität der äußeren Strukturen in Staat und Kirche eher darüber hinweg, dass bei den Christen in Ost und West nach wie vor zwei Welten aufeinander prallen?

Viele Menschen haben unter den Bedingungen der Diktatur aus ihrem Glauben große Kraft geschöpft. Sie haben sich unter Berufung

auf die „Freiheit eines Christenmenschen“ eine Unabhängigkeit bewahrt, die sie später in die Lage versetzte, ohne faule Kompromisse ihren Weg zu gehen. Diese Erfahrung haben die ostdeutschen Kirchen ihren Geschwistern im Westen voraus. Das Argument „Kirche kann nur Kirche sein, wenn alles so bleibt, wie es ist“ greift nicht bei Menschen, die vor zwanzig Jahren den nahezu vollständigen Austausch sämtlicher Vorzeichen ihres privaten und beruflichen Lebens erfahren haben. Welche Kirche verdiente noch ihren Namen, deren Mitglieder angesichts neuer Aufgaben die große Angst befällt? Sie hätte jedenfalls nur noch wenig mit *der* Kirche zu tun, die vor 20 Jahren mithilfe, einen diktatorischen Staat friedlich in die Knie zu zwingen. Hier unterschätzen manche Mitchristen in Westdeutschland die Nachhaltigkeit, mit der eine solche historische Glaubenserfahrung auf ihre Geschwister im Osten mental wirkt. Um mit *Paulus* zu sprechen: Zu nicht Geringerem als zur Freiheit (im Glauben) hat uns Christus befreit! (Galater 5)

Die Kirchen in Ost und West benötigen einander nach wie vor: sowohl als kritische Gegenüber als auch als solidarische Partner. So hilfreich z.B. die kirchlichen Transferleistungen an Know-how und Geldmitteln von West nach Ost auch bislang waren, so wichtig ist der offene und trotzdem gelassene Blick auf eine schrumpfende Mitgliederzahl, wie ihn der Osten längst lernen musste. Zudem formuliert derjenige seinen Glauben schlichter und anschaulicher, der in seiner Umgebung zum großen Teil auf Mitmenschen trifft, die niemals eine Kirche und einen Gottesdienst besucht, geschweige denn in der Bibel gelesen haben.

Erzählen wir uns in Ost und West von unseren Antworten, die wir auf die drängenden Fragen unserer Zeit gefunden haben! Erhalten wir uns die Neugier auf die Ideen, die der Andere einbringt! Erhalten wir uns die Freude, wenn Lösungen gefunden wurden und ein Mensch wieder „seiner Straße fröhlich ziehen“ kann! Lassen wir einander Anteil nehmen an den erstaunlichen Dingen, die Gott unter uns wirkt und die er uns zutraut: In dem *einen* Land, in der *einen* Welt, unter einer, sprich SEINER Verheißung!

Hans Jürgen Basteck,
Hans-Staden-Str. 24a, 34466 Wolfhagen

Der Hospiz-Verein Gießen e.V.

und seine Aufgaben im regionalen Netz zur Versorgung von Menschen mit lebensbedrohlichen Erkrankungen

Robert Cachandt

Vortrag am 20. 4. 2010 in Gießen (gekürzt)

Mein Anliegen ist es, Ihnen die Herzen für die Hospizarbeit zu erwärmen! Damit möchte ich auch von den vielen guten Gründen sprechen, die uns gerade in unseren Tagen mehr und mehr für das Gelingen der Hospizarbeit überzeugt sein lassen.

Ich habe mir überlegt, dies in zwei Schritten zu tun. Sie entsprechen auch methodisch dem Vorgehen in unserer Hospizarbeit:

Zuerst gehen wir vom einzelnen Menschen und dessen Schicksal aus.

Daran schließen wir dann allgemeine und grundsätzliche Überlegungen und Erfordernisse an. So möchte ich auch jetzt in meinen Ausführungen verfahren:

Zunächst erzähle ich Ihnen von einem aktuellen Schicksal aus unserem Bekanntenkreis. Vor diesem Hintergrund werde ich dann versuchen, Ihnen einige Grundsätze und Anliegen gegenwärtiger Hospizarbeit auch in Gießen plausibel zu machen.

Ich erzähle Ihnen jetzt also zuerst von unserem Bekannten Wilhelm – so nenne ich ihn jetzt einmal – ein älterer Herr von 76 Jahren. Nach einem längeren Aufenthalt auf einer Kanarischen Insel klagte er bei seiner Heimkehr über einen leichten Schwindel, allgemeine Schwäche und verstärktem Husten; gerade den hoffte er eigentlich auf der Insel mindern zu können. Für einen Mann wie ihn, der jede Beschäftigung in Haus und Garten liebte und sie seit Jahren in Perfektion ausführte, bedeuteten diese körperlichen Erscheinungen bedenkliche Signale. Da er wegen einer länger zurückliegenden Bandscheibenoperation immer wieder einmal Schmerzmittel nahm – vor allem auch vorbeugend dann, wenn er an größere Garten- und Hausarbeiten ging – schluckte er auch jetzt wieder diese Mittel. Aber sie brachten ihm nicht die erhoffte erleichternde – sagen wir lieber „betäubende“ – Wirkung.

Nach einigen Tagen begab er sich zu seinem Hausarzt, der Wilhelm sogleich in eine Klinik überwies. Dort erhielt er dann eine Nachricht, die seine Frau mir später am Telefon mit dem Satz übermittelte: „Es sieht gar nicht gut aus!“ Sie sprach mit einer sehr belegten Stimme. „Es müssen noch weitere Untersuchungen folgen“

fügte sie hinzu. Dann hörten wir einige Tage lang keinerlei Botschaft mehr über Wilhelms Zustand.

Wir überlegten: Was ist zu tun? Nachfragen? Näheres erkunden wollen? Unser Mitgefühl aussprechen? Oder eine Distanz bewahren, die uns auch in dieser Situation irgendwie geboten erschien? In diesem Schwanken zwischen Nähe und Distanz hielten wir es zunächst für angemessen, einen Blumengruß vor die Haustür zu legen. Einige Tage später rief uns Wilhelms Frau an, um uns mit einer Stimme, aus der wir die Tränen in ihren Augen gleichsam heraushörten, mitzuteilen, dass bei Wilhelm ein Lungenkarzinom entdeckt worden sei und dieser bereits Metastasen im Hirn verursacht habe. Seine Lebenserwartung sei nun deutlich begrenzt!

Jetzt sollen Chemotherapie und Bestrahlungen als palliative medizinische Therapien angewendet werden. Diese Maßnahmen können nicht mehr kurativ – also heilend – wirken, sondern allein „palliativ“ eingesetzt werden, um Schmerzen und Symptome der schweren Erkrankung erträglicher werden zu lassen.

Diese Anwendungen blieben ebenso wie die gesamte belastete Situation nicht ohne Folgen für Wilhelm und seine Frau. Die Tage sind verworren. An einen geregelten Schlaf, an normale Mahlzeiten ist nicht mehr zu denken – geschweige denn an die geliebten Arbeiten in Haus und Garten. So plötzlich ist das Schicksal über sie hereingebrochen! Keine acht Wochen sind nun seit der Diagnose vergangen! „Jeder Tag wird nun ein Tag des Abschieds für uns“, so hat es Wilhelms Tochter zuletzt ausgedrückt.

Bis zu dieser Stunde bangen und hoffen wir mit Wilhelm und seiner Familie.

Die schicksalschwere Nachricht ist bei Wilhelm und seiner Frau gleichsam wie eine Bombe auf dem Grunde der Seele eingeschlagen. Dort hat sie zerstört, was jetzt erst wieder in begleitender „Sorge um die Seele“ in langsamen Schritten zusammengesucht und zusammengesetzt werden kann.

Was sagt uns dieses Schicksal für eine patientenorientierte Hospizarbeit? Welche Qualität muss eine Arbeit entwickeln, die sich ganz

an den Bedürfnissen und Wünschen eines sterbenden Menschen orientiert? „Regie führt der sterbende Mensch“ so lautet die goldene Regel der Hospizarbeit „Der Gast ist König“ heißt es in einem stationären Hospiz.

Angelehnt an die Geschichte von Wilhelm – aber nun doch über sie hinausgreifend – möchte ich Ihnen einige Standards benennen – das sind Grundmuster – hospizlicher Lebens- und Sterbebegleitung, die für uns in Gießen und auch darüber hinaus unser Bemühen ausmachen.

Zuerst betonen wir immer wieder den Wert der Begleitung durch ehrenamtlich Hospizmitarbeitende. Sie bringen die Bereitschaft, die Zeit und „das weite Herz“ für die erforderlichen Begleitungen mit. Auch so etwas wie den „gewohnten Alltag“ tragen sie zu dem Patienten. Allerdings werden sie in Schulungskursen und Fortbildungen persönlich für diese Begleitungen gestärkt und qualifiziert. So lernen auch sie im Laufe der Zeit etwa die Konflikte von „Nähe“ und „Distanz“ für sich selbst zu benennen und in der Gruppe zu bearbeiten. Denn je nach Situation kann Nähe eine vertrauliche, hilfreiche – ja geradezu liebevoll wärmende Position bedeuten und damit stärkend und aufbauend sein. Sie kann aber auch ersticken – bis hin zu dem Gefühl der eigenen Ohnmacht und der Sprachlosigkeit gegenüber einem Sterbeschicksal. Ehrenamtliche erleben eine Vielzahl seelischer, geistiger und geistlicher Herausforderungen. Werden diese gut verarbeitet, macht das ihr Leben um vieles reicher!

Ehrenamtlich Mitarbeitende üben sich ebenfalls ein in die Angehörigenbegleitung, bei der ja schon zu Lebzeiten eines Patienten mit einer als bedrohlich erkannten Krankheit die Trauerarbeit beginnt. Fortwährend gelebte Abschiede erwünschen von dem Begleitenden auch eine durchdachte Trauerbegleitung.

Gewichtige Einsichten gewinnt eine sorgfältige Hospizarbeit auch auf dem Felde der Spiritualität: der geistlich-religiösen Haltung und Lebensweise eines Menschen. Sie meldet sich mit der Frage an: „Warum ist jetzt gerade mir – oder gerade dir – dieses Sterbeschicksal bestimmt?“ In unserem Fragen halten wir Ausschau nach Antworten für den Sinn des erfahrenen Leids. Wir erfahren eine Grenze unseres Lebendigseins und damit oftmals auch die Begrenztheit unserer Antworten für Fragen, die in uns und um uns her als sterbliche Menschen aufgeworfen werden. Unsere Sprache findet dann vielleicht ein Zuhause und eine Gebor-

genheit in Worten wie „Glaube“, „Hoffen“ und „Liebe“ – Aber wie nahe stehen dem auch die „Angst“, die „Verzweiflung“ und die „Verlorenheit“!

Diese spirituellen Fragen greift die Hospizbewegung bewusst auf und streift sie nicht einfach ab! Denn das Sterben gehört nun einmal zum Leben, wie auch dessen „Endlichkeit“ und „Zeitlichkeit“ in dem großen Wortereignis „TOD“ angemeldet sind. Es ist nicht klug, sondern eher lebensverneinend, wenn der Tod als nicht mehr zum Lebensganzen gehörig betrachtet wird. Das Wissen um seine eigene Sterblichkeit macht den Menschen zum Menschen: Es verleiht seiner eigenen begrenzten Lebenszeit seine Einmaligkeit und Unwiderruflichkeit.

Von dieser Lebenshaltung geprägt, gerät die Hospizarbeit leicht mit der klassischen Medizin aneinander, die eher einen Kampf mit dem Tod führt und überdies – von Fall zu Fall – den Sieg über diesen zu ihrem Ziel erklärt. Dies wird wohl auch weiterhin ein Antrieb für den medizinischen Fortschritt unserer Tage bleiben.

Allerdings hat sich zwischenzeitlich eine Medizin als Palliativmedizin entwickelt, die gerade auch dann noch ihre Möglichkeiten der Schmerzlinderung und der Symptomkontrolle einzusetzen weiß, wenn die kurativ ausgerichtete Medizin verlauten lässt: „Da ist nichts mehr zu machen!“ Die Hospizbewegung ist dankbar, dass ihr mit der Palliativmedizin eine Partnerschaft erwächst, die dem Leben nicht allein nur noch mehr Tage verschafft, sondern den verbleibenden Tagen mehr Leben zu geben vermag.

Für Gießen dürfen wir feststellen, dass die Palliativmedizin zunehmend in den Lehrbetrieb für angehende Ärztinnen und Ärzte aufgenommen wird. Ebenfalls hat sich in der Medizinischen Klinik V eine Palliativstation etabliert. Und wer weiß, ob wir nicht in Gießen auch einmal einen Lehrstuhl für Palliative Medizin bekommen werden.

Die Hospizbewegung ist im fortlaufenden Prozess der Bewusstwerdung ihrer besonderen Idee von einer „humanen“ Fürsorge und achtsamen Begleitung sterbender Menschen für viele Felder bereits etablierter Fachdisziplinen zu einer Antriebskraft geworden. In ihrer Haltung drückt sich eine erneuerte Sterbekultur aus, die ja nichts weniger denn als eine neue Kultur des Lebens im Bewusstwerden seiner Endlichkeit erzeugt. Sie profiliert darin zugleich eine Reihe ethisch-moralischer Grund-

haltungen, die unsere Gesellschaft schon jetzt nachhaltig berühren. Ich benenne dazu drei mir wichtige Befunde:

- a) In der lang anhaltenden Debatte um ein „autonomes“ und „selbstbestimmtes“ Sterben – ausgedrückt in einer persönlichen Patientenverfügung – ist jetzt gesetzlich im Rahmen der Änderung des Betreuungsrechtes (September 2009) das dazu Notwendige festgelegt worden.
- b) Im Einklang mit Hospizbewegung und Palliativmedizin hat die Bundesärztekammer 2004 in ihren „Grundsätzen zur ärztlichen Sterbegleitung“ der aktiven Sterbehilfe eine klare Absage erteilt und damit für diese auch international anhaltende Debatte medizinethische Eckpunkte gesetzt.
- c) Schließlich ist es im Bereich der Gesundheitspolitik gelungen, die ambulante wie auch die stationäre Hospizarbeit durch die Gesetzgebungen in erneuerten Rahmenvereinbarungen zu § 39 a Abs. 1 und Abs. 2 SGB V (vom 14. 4. 2010) finanziell zu stärken und ganz bestimmte Versorgungsansprüche für Patienten am Lebensende gegenüber den Krankenkassen zu sichern.

Greifen wir jetzt erneut auf den „Fall Wilhelm“ zurück. Er bildet für uns gleichsam die Folie, um einige weitere aktuelle Handlungsfelder unserer Hospizarbeit zu verdeutlichen.

Wilhelm wird derzeit noch zu Hause von seiner Frau und den Kindern treu umsorgt. Aber: Wie lange noch? Wo sind die Grenzen dieser innerfamiliären Betreuung? Ist der jetzt behandelnde Hausarzt der palliativmedizinischen Aufgabe gewachsen?

Es lassen sich mit den derzeitigen Möglichkeiten in unserer Region am Beispiel des „Falles Wilhelm“ drei weitere Unterstützungs- und Hilfsangebote beschreiben:

1. Auf Wunsch der Familie kann eine qualifizierte ehrenamtlich Mitarbeitende Hospizkraft in kritischen Situationen und von Fall zu Fall helfend zur Seite stehen – und das ist kostenfrei! Um diesen Einsatz vorzubereiten, wird unsererseits eine hauptamtliche Hospizfachkraft vorab die Situation in der Familie klären und eine aus ihrer Sicht dazu geeignete Ehrenamtliche auswählen – so denn gerade jemand vorhanden ist! Findet sich die Hospizmitarbeitende in der Familie ein, dann wird sie ihre Unterstützung mit der ihr eigenen professionellen Sensibilität und Achtsam-

keit ausüben. Sie wird diese Begleitung mit der Last und der Freude tragen, die sie dabei ganz persönlich erleben kann. Sie wird mit ihrem Erleben aber – Gott sei Dank! – nicht alleine gelassen, sondern weiß sich immer wieder in die Gruppe der anderen Ehrenamtlichen rückgebunden.

2. Für die Familie von Wilhelm, der sehr gerne zu Hause behandelt, versorgt und dann – ja auch dies! – letztlich zu Hause sterben möchte, besteht nun seit kurzem auch eine weitere Versorgungsmöglichkeit: Seit gut einem Jahr haben alle Patienten Anspruch auf die „SAPV“ (Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung). Diese Versorgung muss vom Hausarzt angeordnet werden. Im Raum Gießen kämen dann eine Palliativfachärztin und eine entsprechend vorgebildete Pflegefachkraft regelmäßig ins Haus. Entsender ist das Universitätsklinikum Gießen. Dadurch wird der behandelnde Arzt entlastet und beratend unterstützt. Weitere Hilfsdienste können ebenfalls mit der SAPV verordnet werden – sogar Hospizdienst wie auch Seelsorge.
3. Sollte allerdings die häusliche Versorgung sehr kritisch werden und auch ein Krankenhausaufenthalt nicht angeraten sein, dann bleibt noch der Weg in ein stationäres Hospiz. In unserer Region existieren zur Zeit zwei Hospize:
 - das Haus Emmaus mit 8 Betten in Wetzlar
 - das Haus Elisabeth mit derzeit 6 Betten in Marburg.

Beide Häuser genießen einen guten Ruf. Sie sind in den letzten zwei Jahren immer sehr gut ausgelastet und damit an die Grenzen ihrer Kapazität gelangt.

Angesichts dieser Situation ist ein weiterer Bedarf an stationären Hospizplätzen, die auch noch in Wohnortnähe sein sollten, angezeigt. So sieht sich der Vorstand unseres Vereins in der Pflicht zu prüfen, ob es am Standort Gießen ein stationäres Hospiz geben könne. Sollte die Prüfung zu einem positiven Ergebnis gelangen, bedarf es dann allerdings der breit angelegten Unterstützung durch alle an einem stationären Hospiz am Standort Gießen interessierten Bürgerinnen und Bürger.

*Robert Cachandt, Hospiz-Verein Gießen e.V.,
Frankfurter Straße 57, 35392 Gießen*

Betrifft:

Der Konflikt um das „Heilige Land“ Grenzenlose Solidarität mit Israel? Von Hansjürgen Günther im Hessischen Pfarrblatt August 2010

Sagen wir es gleich. Der oben genannte Artikel ist ein Ärgernis. Schon die Fragestellung im Titel und in seiner Einleitung („Ist ein Kritiker gegenwärtiger israelischer Politik automatisch ein Antisemit? Oder gebietet eine echte Auseinandersetzung mit dem Judentum heute geradezu eben diese Kritik?“) sollte jeden aufmerksamen Leser stutzig machen. Denn ob jemand Antisemit ist oder nicht, ist völlig unabhängig vom Gegenstand seiner Betrachtungen, sondern ausschließlich von der Art seiner Argumentation, von der Diktion und den damit ausgelösten Assoziationen und natürlich den Intentionen des Geäußerten. Seine Verknüpfung von Israelkritik und Antisemitismuskorruption erinnert stark an den Begriff der „Auschwitzkeule“ von Martin Walser und ist ein Versuch, Kritiker seiner Positionen von vorne herein zu diskreditieren. Eine sachliche Auseinandersetzung wird dadurch erheblich erschwert.

In der Realität wird kaum ein Staat und kaum eine Regierung häufiger und heftiger kritisiert als Israel und seine Regierung. Dies gilt für das Ausland und erst recht für Israel selber, in dem eine Streitkultur existiert, die einer demokratischen Gesellschaft würdig ist. Die Fragestellungen von Herrn Günther zeigen, dass der Autor nicht viel Vertrauen in die demokratische Substanz der Regierung Deutschlands und der Regierung der USA hat, von denen er ein Ende der „grenzenlosen Solidarität“ mit Israel fordert. Sie suggerieren nämlich, dass diese Regierungen moralische Grundsätze, aber vor allem die Interessen ihrer eigenen Nationen hintenan stellen, um „grenzenlose“ Solidarität mit Israel zu üben. Warum sollten die deutsche und amerikanische Regierung das tun? Internationale Beziehung werden nur bedingt durch gemeinsame Werte bestimmt, im Wesentlichen jedoch von gemeinsamen Interessen. Jede Regierung, die sich anders verhält, würde in demokratischen Staaten ziemlich schnell abgewählt werden.

Bedenklich ist auch die Verknüpfung von Kritik an israelischer Regierungspolitik und der Solidarität mit dem „Judentum“ und nicht et-

wa mit den „Juden“, oder gar Israel. Dem Autor fällt es über weite Strecken schwer, Juden von Israelis oder gar vom Judentum begrifflich zu trennen. Aber gerade dies macht es schwierig zu entscheiden, ob hier nur Israelkritik geübt wird.

In diesem Artikel geht es aber gar nicht um Kritik an israelischer Politik. Es soll den Boden bereiten für eine Entsolidarisierung von Israel und einer Delegitimierung seiner Existenz.

Dies ist vordergründig nicht zu sehen, da er nicht wie der iranische Präsident, die Hamas und andere Gruppierungen einfach die Auslöschung des Staates Israels propagiert. Seine Argumentation ist geschickter, aber deshalb nicht weniger klar. Sie äußert sich darin, dass er es ablehnt anzuerkennen, dass auch Israel legitime Interessen und Standpunkte vertritt. Er muss gar nicht mit ihnen übereinstimmen, aber die legitimen Interessen Israels einfach zu verleugnen, bedeutet jeden wirklichen Dialog, jede produktive Diskussion von vorneherein zum Scheitern zu verurteilen. Für ihn gibt es nur schwarz und weiß, nur gut und böse. In diesem Fall ist das Böse „Israel“.

Herr Günther beginnt seine Argumentation mit dem Versuch, im Schnelldurchlauf jüdische Geschichte und die Geschichte des Zionismus darzustellen und zu bewerten. Dass dies nur oberflächlich geschieht und mit Fehlern behaftet ist, sei dahingestellt. Aber 2 Punkte verdienen besondere Aufmerksamkeit, da diese in der antiisraelischen „Geschichtsdarstellung“ standardmäßig wiederholt werden.

Der erste Punkt ist die Darstellung, dass der Wunsch unter den jüdischen Menschen, einen eigenen Staat zu gründen, sich erst im Verlauf der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Mittel- und Osteuropa entwickelte. Dies zeugt von einer erstaunlichen Unkenntnis der Geschichte.

Seitdem im Jahr 135 der Aufstand der Juden gegen die römische Herrschaft über Judäa unter der Führung von Bar Kochba in einem dreijährigen Krieg niedergeschlagen worden war und die Juden in Kleinasien, Nordafrika, Europa und später fast in der ganzen Welt zerstreut wurden, definierten sich die Juden als Volk im Exil und hielten an dem Ziel fest, nach Jerusalem („Zion“) zurückzukehren und als freies Volk in ihrem wiedererrichteten Staat zu leben.

Die Definition als Nation im Exil wurde erst durch die Aufklärung in Frage gestellt, gemäß dem berühmten Diktum des Abgeordneten

Stanislas de Clermont-Tonnerre in der französischen Nationalversammlung während der französischen Revolution, dass man den Juden »als Nation [...] alles verweigern, den Juden als Individuen hingegen alles gewähren«, müsse. Sie sollten nur als Individuen und nur unter der Bedingung, dass sie auf einen eigenen Status als Nation verzichteten, zu gleichberechtigten Citoyens erklärt werden. Sie sollten, so bekräftigte es Napoleon 1806, keine Nation in der (französischen) Nation bilden. Später forderte Napoleon die Juden sogar auf, einen eigenen Staat in Palästina zu errichten. Hingegen wurden sie zum Beispiel in Weißrussland und später in der UdSSR offiziell als Nation anerkannt.

Während in Westeuropa und Amerika Juden zunächst die Möglichkeit erhielten, sich mit den Staaten, in denen sie lebten, zu identifizieren, war dies in anderen Teilen der Welt überhaupt nicht der Fall, weshalb sich vor allem dort Bewegungen etablierten, die ein Selbstbestimmungsrecht oder Autonomie für das jüdische Volk forderten. In diesem Zusammenhang entstand der Zionismus, der es als unmöglich ansah, dieses Selbstbestimmungsrecht in den „Gastländern“ zu realisieren. Dabei kamen die bedeutendsten Vertreter des politischen Zionismus nicht nur aus Osteuropa und sprachen auch nicht alle Jiddisch, wie Günther behauptet.

Der 2. Punkt ist die Marginalisierung der Verfolgungen des jüdischen Volkes im Exil. Herr Günther erklärt „Pogrome“ zu sozialer Diskriminierung. Er unterschlägt dabei das Ausmaß der rechtlichen Diskriminierung, Verfolgungen und Vertreibungen sowie der Massaker, die Juden über die Jahrhunderte erdulden mussten. Die selektive Marginalisierung des Leidens und der Gewalt gegen Juden insgesamt und vor allem auch in Palästina und Israel zieht sich wie ein roter Faden durch seinen Artikel.

So fragt er, nachdem er zionistische Persönlichkeiten zitiert, die eine „umfassende, brüderliche Solidarität“ zwischen Arabern und Juden fordern, nachdem sie entgegengesetzte Verhaltensweisen in den eigenen Reihen kritisieren: „Wen wundert es, dass es bereits in den 20er Jahren zu Gewaltausbrüchen der arabischen Bevölkerung kam?! 1929 wurden in Hebron 60 Juden getötet.“. Nur, diese Juden waren nicht neu eingewandert. Sie und ihre Vorfahren lebten dort großteils ununterbrochen

seit biblischen Zeiten. Aber wäre es wirklich eine Entschuldigung, wären sie neu eingewandert? In Wirklichkeit wurden sie Opfer eines Machtkampfes von verschiedenen Klans innerhalb der arabischen Gesellschaft, wobei der Antisemitismus vor allem durch den Mufti von Jerusalem, Husseini und seinen Anhängern, geschürt wurde, die darin ein willkommenes Vehikel zur Sicherung von Machtpositionen sahen. Außer zur Mobilisierung von Massen eignete sich der Antisemitismus vorzüglich, um von der Ungerechtigkeit der feudalen Gesellschaftsordnung abzulenken. Mit der zionistischen Bewegung hat dieses Massaker wahrhaftig nichts zu tun.

Durch „Gewaltakte“ dieser Art und Gewaltakte gegen rivalisierende Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft setzte sich Husseini als politischer Vertreter der arabisch palästinensischen Bevölkerung durch und entwickelte ein Bündnis mit dem 3. Reich in Deutschland. Sein Besuch in Berlin, sein Zusammentreffen mit führenden Nationalsozialisten (einschließlich Hitlers), die Organisation einer moslemischen SS-Einheit, die sich an der Deportation und Ermordung von Juden in Bosnien und Serbien beteiligten, waren teilweise gegen die britische Vorherrschaft in Teilen des Nahen Ostens gerichtet, aber eben auch gegen Juden.

Erst während der Shoa und unter dem Eindruck von Pogromen in Polen an von Vernichtungslagern der Nazis zurückkehrenden Juden, beschloss die Zionistische Bewegung, die Gründung eines souveränen jüdischen „Staates“ anzustreben, nachdem das Konzept einer „Heimstatt“, eines völkerrechtlich geschützten Zufluchtgebietes, sich als unrealistisch und insuffizient erwies.

Im weiteren Verlauf des Artikels wird versucht, die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems und die Kriege der arabischen Nachbarn mit Israel einzig auf zionistische oder israelische Brutalität und Aggressivität zurückzuführen. So sei ein (!) Massaker durch „zionistische“ Truppen der Grund für die Flucht der arabischen Palästinenser und für den Angriff der arabischen Staaten auf Israel gewesen. Abgesehen davon, dass dieses Massaker noch vor der Gründung Israels von einer Splittergruppe verübt wurde, die damals keine Befehle der „zionistischen“ Truppen annahm und von diesen deshalb auch bekämpft wurde, scheint diese Vereinfachung nur dazu zu dienen, den Blick von der arabischen Mitverant-

wortung für den Konflikt im Nahen Osten abzulenken.

In Wirklichkeit wurde die Flucht durch den Krieg ausgelöst, den die arabischen Staaten und die palästinensische Führung aus Opposition gegen den Beschluss der Vereinten Nationen im November 1947, das Mandatsgebiet Palästina in einen unabhängigen arabisch-palästinensischen (nicht ein palästinensischer Teil, der dem Königreich Jordanien hinzugefügt werden sollte [Hansjürgen Günther]) und einen jüdischen Staat zu teilen, vom Zaun brachen. Im Zuge dieses Krieges kam es zu verschiedenen Gewaltakten beider Seiten, in deren Folge Araber, aber auch Juden (ein gern vergessenes Detail) aus ihren Wohngebieten flüchteten. Dabei spielten Aufrufe arabischer Führer, Angst um das eigene Leben und zum Teil auch Vertreibungen eine Rolle. Es bleibt aber festzustellen, dass es heute kein palästinensisches Flüchtlingsproblem gäbe, wenn die arabische Seite der UN Resolution 181 und damit dem Teilungsplan für das palästinensische Mandatsgebiet zugestimmt hätten. Während die zionistische Bewegung damals einer 2-Staatenlösung zustimmte, propagierten die arabischen Führer die Vertreibung der Juden aus Palästina und später die Vernichtung des neugegründeten jüdischen Staates.

Im Übrigen wäre das Flüchtlingsproblem heute weitgehend entschärft, wenn die arabischen Staaten bereit gewesen wären, sie in die Gesellschaften ihrer Länder zu integrieren. Außer Jordanien, das die West Bank, wie der Teil Palästinas westlich des Jordans auch genannt wird, annektierte, war aber keines dieser Länder dazu bereit. Sie wurden bewusst in Lagern konzentriert, um als „Waffe“ gegen Israel zu dienen. Schon in den fünfziger und sechziger Jahren wurde von arabischer Seite das sogenannte Rückkehrrecht der Flüchtlinge von den arabischen Führern mit der Vernichtung des jüdischen Staates Israel verknüpft. So sagte der ägyptische Präsident Nasser im Juni 1960: „Wenn die Flüchtlinge nach Israel zurückkehren, wird Israel aufhören zu existieren.“

Dabei wären Lösungen in den 1950er und 1960er Jahren durch Kooperationen, die die arabische Welt ablehnte, durchaus möglich gewesen. Israel, das 1949 etwa 700 000 Einwohner hatte, nahm in den ersten 10 Jahren seiner Existenz nicht nur die Hunderttausende „ausgemergelter Überlebenden“ (Hansjürgen Günther) der Shoa auf, sondern auch ca. 1,25

Millionen jüdische Flüchtlinge aus der arabischen Welt, die zum größten Teil aus Furcht vor Pogromen und Diskriminierungen, oder auf direkte Anweisung an die jüdischen Gemeinden durch die lokalen Herrscher (Libyen und Tunesien) ihre frühere Heimat verließen.

Bis Anfang der 1970er Jahre weigerten sich alle arabischen Staaten, mit Israel direkt zu verhandeln. Noch 1968 bestärkte die Arabische Liga, trotz entsprechender israelischer Angebote, diese Politik durch den Beschluss, dass es keine Verhandlungen mit Israel, keine Anerkennung und keinen Frieden geben dürfe (Die 3 „Nein“ von Karthoum).

Diese Politik führt uns aber auch direkt zur Siedlungspolitik der Israelis in den 1967 besetzten Gebieten. 1967 lebten in Israel nur knapp 3 Millionen Menschen. Israel konnte sich eine dauerhafte „militärische“ Besatzung der besetzten Gebiete weder militärisch noch wirtschaftlich leisten. Da es zum damaligen Zeitpunkt keinen arabischen Verhandlungspartner gab, baute die israelische Armee Siedlungen an strategisch wichtigen Orten. Erst viel später kamen ideologisch, bzw. religiös begründete Siedlungen hinzu, die teilweise ohne Genehmigung des Staates errichtet wurden. Unstrittig ist, dass die Siedlungen heute eines der wichtigen Probleme darstellen, die es im Rahmen von Friedensverhandlungen zu lösen gilt. Dass Israel auch Siedlungen auflösen kann, hat sich in Ägypten und dem Gazastreifen gezeigt. Beim Rückzug aus diesen Gebieten wurden Siedler evakuiert.

Andere Möglichkeiten, im Rahmen eines Friedensprozesses diese Problematik anzugehen, könnten auch Gebietsaustausch und oder gar die Möglichkeit, dass Juden als Minorität in einem palästinensischen Staat akzeptiert werden, sein.

Es ist schon erstaunlich, wie kreativ Herr Günther mit Geschichte umgeht, um Verständnis für Terror gegen Israel zu erzeugen und gleichzeitig diesen zu marginalisieren. Terrorakte gegen Israel waren nach seiner Darstellung immer nur Reaktionen auf israelische Untaten. In seiner Darstellung kommen die ca. 4000 Raketeneinschläge vom Gazastreifen auf israelisches Territorium nur in dem Satz vor, dass die Raketeneinschläge seit dem 19. Juni 2008 fast auf Null zurückgegangen seien. Der Pferdefuß liegt im Wort „fast“. Auffallend ist in diesem Zusammenhang übrigens auch, dass Herr Günther kein Wort darüber verliert, dass

der fortlaufende Raketenbeschuss bedeutete, dass 1 Million Israelis im Süden Israels über Jahre kein normales Leben führen konnten.

Man sieht, die Delegitimierung Israels äußert sich nicht einfach in einer Ablehnung des Staates Israel, sondern wie oben schon erwähnt vor allem durch die Ablehnung, legitime israelische Interessen zu akzeptieren. Deshalb vergisst Herr Günther zu erwähnen, dass mehr als 1000 israelische Bürger Terroranschlägen während der Intifada zum Opfer fielen. Auf die Bevölkerungszahl Deutschlands bezogen wären es mehr als 10 mal so viele. Man kann sich durchaus vorstellen, welchen Druck die deutsche Bevölkerung auf die Regierung ausüben würde, dagegen effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Herr Günther kann aber keine legitimen Sicherheitsinteressen Israels akzeptieren. Angesichts von Kräften, die nicht nur den Holocaust leugnen und gleichzeitig die Zerstörung Israels propagieren, wie z. B. die Hamas, die bis heute neben der Vernichtung des jüdischen Staates auch gleichzeitig die Tötung seiner jüdischen Bürger fordert (Programm des Hamas von 1988) und von Herrn Günther einfach als „religiös-politische“ Partei bezeichnet wird, kann seine Äußerung, dass es nicht zuträfe, dass die arabische Welt per se, die Juden aus Israel vertreiben will“, nicht besonders beruhigend wirken.

Um seine Haltung zu rechtfertigen, ist sich Herr Günther nicht zu schade, fälschlicherweise die israelische Armee zu beschuldigen, die Tötung an hunderten von Palästinensern durch christlich-libanesischen Milizen organisiert zu haben und Goldstone, einen renommierten Richter aus Südafrika, der den von der UN Kommission für Menschenrechte verfassten Bericht über den letzten Gazakrieg verfasste, ausschließlich als „zionistischen Juden“ zu charakterisieren. In seinem Bericht fordert Goldstone Untersuchungen von Handlungen beider Seiten während dieses Krieges, die eventuell den Tatbestand von Kriegsverbrechen erfüllen würden. Er betonte, dass seine Stellungnahme ohne weitere Beweise vor keinem Gericht Bestand haben würden. Während Israel der UN erst vor wenigen Wochen die Ergebnisse seiner Untersuchungen vorlegte, wurde von palästinensischer Seite keine Untersuchung durchgeführt. Man sollte niemals außer Acht lassen, dass Israel ein demokratischer

Rechtsstaat ist, in dem Gesetzesbruch auch von Soldaten geahndet wird.

Es würde zu weit führen, alle einseitigen und unrichtigen Behauptungen des Autors über den Konflikt im Nahen Osten zu kommentieren. Aber dies ist auch gar nicht nötig, um die Haltung Herrn Günthers Israel, Juden und Judentum gegenüber zu erkennen. Während er noch am Anfang seines Artikels vorgibt, dass er nur Israels Politik kritisieren möchte, wird in seinem Resümee ganz deutlich, welche Haltung er wirklich vertritt.

Überhaupt ist es bezeichnend, dass Herr Günther dort gute Worte nur über Juden findet, die Israel und jüdische Funktionsträger kritisieren. Dies mag noch politisch hinnehmbar sein; wenn er aber darüber schwadroniert, dass, sollte der Staat Israel nicht „diesen Weg gehen“ ... „es diesen Staat in hundert Jahren nicht mehr geben wird und das Judentum zu einer platten, volkstümelnden, nationalistischen Herrschaftsideologie verkehrt und von niemandem mehr als eine moralische Instanz ernst genommen werden“ würde, überschreitet er eine Grenze. In diesem Konglomerat an Begriffen und Untergangphantasien Israels wird sein tief sitzendes Ressentiment gegen Juden und das Judentum deutlich. Hier argumentiert er tatsächlich antisemitisch. Judentum wird sehr vielfältig gelebt und kontroverse Diskussionen sind an der Tagesordnung. Im Übrigen zeigt die Geschichte der letzten 2000 Jahre, dass das Judentum mit und ohne den Staat Israel existieren kann. Die Frage ist nur, auch angesichts der Geschichte der letzten 2000 Jahre, wie sicher dabei Juden leben könnten.

Wir fragen uns, was es bedeutet, wenn ein deutscher Theologe sich erdreistet, die Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland fehlender politischer Zurechnungsfähigkeit zu bezichtigen, da sie eine uneingeschränkte Solidarität mit der Existenz des Staates Israel immer wieder zum Ausdruck bringt. Solidarität heißt nicht immer uneingeschränkte Identifikation mit jeder politischen Entscheidung jedweder Regierung in Israel. Solidarität mit Israel heißt, sich dessen bewusst zu sein, dass die Existenz eines jüdischen Staates eine Form jüdischen Lebens darstellt, die wir um jeden Preis verteidigt werden – gleichgültig, ob dies in das politische Konzept von Herrn Günther oder anderen vermeintlich besorgten Kennern der ‚wirklichen‘ Belange von

Juden und Israelis passt. In Israel und Deutschland leben noch genügend Überlebende der Shoa oder deren Familienangehörige, die durch die Einstellung Günthers alarmiert sind, nicht etwa, weil sie ihn missverstanden haben, sondern vielmehr, weil sie in seiner Friedenssemantik ein bekanntes Szenario einer antijüdischen Demagogie erkennen. Die in Günthers Beitrag versammelten Denkmuster sind Ausdruck einer Selbstgerechtigkeit, die jegliche Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der eigenen deutschen Vergangenheit und der Verstrickung der christlichen Kirchen in den Nationalsozialismus zumindestens vernachlässigt. Dagegen haben zahlreiche deutsche Theologen nach 1945 die Auseinandersetzung mit ihrer Theologie und deren Mitschuld an der Vernichtung des europäischen Judentums reflektiert und sind dadurch heute in der Lage, ein empathisches, solidarisches und gegebenenfalls kritisches Verhältnis zu Israel zu entwickeln. Ihre Stimme wird gehört, denn *sie* haben verstanden, dass jede Form der Delegitimierung Israels, ihre eigene Grundlage in Frage stellt.

*Dr. Schimon Staszewski, Neu Isenburg
Prof. Dr. Doron Kiesel, Frankfurt am Main*



Zum selben Thema

I. Die politische Dimension

1. Nichtanerkennung des Staates Israels seitens der arabischen Staaten von Anfang an (1947).
2. Vor Staatsgründung lehnen die arabischen Staaten die von Israel befürwortete Zwei-Staaten-Regelung ab. (In den 90er Jahren hat Yassir Arafat mit seinem ganzen Vermögen diese sich damals unter Rabin bietende Gelegenheit ausgeschlagen.)
3. Nur mit Ägypten und Jordanien konnte Israel einen Friedensvertrag aushandeln.
4. Die vom iranischen Präsidenten mehrfach verkündete Vernichtungsstrategie gegenüber Israel wird von den arabischen Staaten (Ausnahme s. 3.) mehr oder minder offen unterstützt, bei den Terrororganisationen Hamas und Hisbollah ist sie Bestandteil ihrer jeweiligen Charta.

5. Kritik am Siedlungsbau und an den die Palästinenser über Gebühr einschränkenden Maßnahmen hat vielfache Form und Wirkmöglichkeit im demokratischen Staat Israel.

II. Die theologische Ebene

1. Es grenzt an erheblichen Wirklichkeitsverlust, wenn die in der EKHN – in den 90er Jahren mit großen Mühen und keineswegs mit überzeugender Mehrheit – erzielte Ergänzung des Grundartikels („Aus Blindheit und Schuld ...“) wahrgenommen wird als Bemühen, „sich jahrzehntelang mit der Aufarbeitung eines latenten Antijudaismus auch in christlichen Kreisen“ (Günther, S. 87) auseinander gesetzt zu haben.
2. Eine fast 2000jährige „Vergegnungsgeschichte“ (M. Buber) zwischen Kirche und Synagoge mit ihren unvorstellbaren Martyrium-Konsequenzen für das jüdische Volk ist nicht in 20 – 30 Jahren „aufzuarbeiten“. Wer hier kurzen Atem zeigt muss sich fragen lassen, ob er wirklich kapiert (lernen will), dass Jesus von Nazareth Jude war und immer geblieben ist.
3. Solange Christen ihren persönlichen Glauben nicht ernsthaft in Beziehung setzen zum Messias aus Nazareth, solange in unseren Kirchen und Gottesdiensten der christlich-jüdische Dialog nur wenig Spuren zeitigt, müssen moderne Spielarten von Antijudaismus und Antisemitismus, wie sie bereits in der Formulierung „Grenzenlose Solidarität mit Israel?“ zum Ausdruck kommen, in ihre Grenzen gewiesen werden.
4. Auch dem mit vielen Fakten aus einem Sammelsurium von pseudo-religiösen und geschichtlichen Zusammenhängen daherkommenden Aufsatz von Dr. Günther hätte die Beachtung der Kriterien, wie sie Prof. Martin Stöhr für die Beurteilung Israels in hervorragender Weise formuliert, gut getan.

*Peter Kratz, Pfr. i. R.,
Wandersmannstraße 27a, 65205 Wiesbaden*



**Sehr geehrte Damen u. Herren,
liebe Schwestern und Brüder,
im Augustheft 2010, Nr. 4, des „Hessi-
schen Pfarrblattes“ lese ich zwei wichtige
Artikel mit den Titeln „Der Konflikt um
das „Heilige Land“, „Grenzenlose Solida-
rität mit Israel?“ von Hansjürgen Günther,
Lobbach und „Land-Volk-Staat, Israel und
die Völker“ von Martin Stöhr.**

Um es vorneweg laut und deutlich auszu-
sprechen:

Der erste Artikel von Hansjürgen Günther
hat mich nicht nur unendlich enttäuscht, son-
dern mehr als tausendfach verärgert. Seit 40
Jahren arbeite ich theologisch den christlichen
Antijudaismus/Antisemitismus gründlich auf
und muss jetzt wiederum feststellen und lesen,
wie einseitig und historisch unqualifiziert Herr
Günther mit der weltweit geforderten „gren-
zenlosen Solidarität mit Israel“ umgeht, die er
ja sofort noch mit einem Fragezeichen in Fra-
ge stellt.

Eine lange freundschaftliche persönliche
Verbindung mit dem verstorbenen jüdischen
Theologen Pinchas Lapide und seiner Frau
Ruth und eine lange praktische Arbeitsverbin-
dung mit Herrn Prof. Martin Stöhr in meiner
langen Dienstzeit als Pfarrer und Dekan in
Weilburg bis 1990 und dabei auf manchen von
mir vorbereiteten und durchgeführten Pfarrer-
rüstzeiten mit ihm, und nicht zuletzt durch
viele Studienreisen durch Israel, haben mir bis
heute ein anderes Bild vom immer noch wäh-
renden Konflikt zwischen Israel und den arabi-
schen Nachbarn und den Palästinensern ver-
mittelt.

**Es ist geradezu typisch für die Ausführ-
ungen von Herrn Günther,** wie er auf raffi-
nierte und längstens bekannte und immer
wiederholte Art und Weise mit einem ange-
blichen historisch bemühten angebotenen Rea-
lismus zur Situation zwischen Israel und den
Palästinensern so tut, als ob seine Sicht die
allein adäquate und richtige Sicht und Beurtei-
lung des Nahostkonfliktes vor allem als dringli-
che Voraussetzung und notwendige Beurtei-
lung durch und für die christlichen Kirchen sei.

Ein bemerkenswertes Zeichen von versteck-
tem christlichen Antijudaismus und Antisemi-
tismus zeichnet sich auch hier wieder bei
Herrn Günther ab. Von einem klaren und ein-
deutigen Existenzrecht Israels, biblisch fun-
diert – auch durch das Völkerrecht gedeckt –,
ist bei ihm nicht die Rede. So werden auch die

Fluchtgründe der vielen arabischen Palästinenser
aus Israel in die Nachbarstaaten nach dem
von den Arabern inszenierten Krieg 1948 ty-
pisch Israel zur Last gelegt. Dass aber damals
viele Palästinenser nicht flohen, sondern bis
heute in Israel geblieben sind und dort leben,
davon ist keine Rede. Auch die meisten Kriege
der arabischen Nachbarn gegen Israel waren
von diesen inszeniert. Israel war dabei in den
ersten Kriegen nie Aggressor. Ebenso werden
die wahren israelischen Gründe für den Bau
der hässlichen Mauer in den letzten Jahren
nicht genannt, vor allem als notwendige Kon-
sequenz auf die vielen Selbstmordanschläge
durch die Palästinenser; auch nicht die histori-
sche Tatsache, dass von israelischer Seite mehr-
mals der Versuch einer Einigung unternom-
men wurde, zuletzt 2002 von Ministerpräsi-
dent Barak, sogar mit der Bereitschaft Ostjeru-
salem den Palästinensern zu überlassen, wur-
de von Arafat abgelehnt. Die typischen Merk-
male arabisch-palästinensischer Verhandlungs-
taktik bis heute werden sträflich unterschla-
gen und so getan, als ob bei Nichtzustande-
kommen von Verträgen immer nur die „bösen
Israelis“ versagten. Dass die arabische Menta-
lität bei politischen Verhandlungen bis heute
grundsätzlich keine Kompromisse kennt und
kennen will, auch dies wird meistens ver-
schwiegen. Und nicht zuletzt die Raketenan-
griffe aus dem Gaza bis heute. Auch dieser
Tatbestand wird von Herrn Günther unter-
schlagen. Warum wohl?

Kurzum: Es gibt bis heute nur eine einzige
aussichtsreiche politische und theologische
Grundlage für das Erreichen einer politischen
Zwei-Staaten-Lösung und damit einem fried-
lichen Nebeneinander und Miteinanderleben
von Israelis und Palästinensern:

**Die dringliche Anerkennung des Exis-
tenzrechtes von Israel, theologisch und
politisch!!!**

Auch an diesem Punkt argumentiert Herr
Günther eindeutig falsch: International und in
weltöffentlichen Verlautbarungen haben bis
heute die arabischen Palästinenser Israel nicht
anerkannt. Sie „wollen die Israelis im Gegen-
teil ins Meer treiben!“ Israel soll aus dem Na-
hen Osten verschwinden.

Wer immer weltweit diese Voraussetzungen
ignoriert, kommt bei allen politischen Bemü-
hungen und Verlautbarungen von einem offe-
nen oder versteckten Antijudaismus/Antisemi-
tismus nicht los. Und genau dies ist auch die

eigentliche Tendenz von Herrn Günther in seinem Artikel.

Herr Günther sollte einmal die nachfolgende Stellungnahme und gründliche theologische Darlegung von Herrn Prof. Martin Stöhr eingehend studieren. Herr Stöhr hat aus einer jahrzehntelangen theologischen Kenntnis und Beobachtung vor Ort in Israel selbst die wichtigsten theologischen und biblischen Grundlagen aufgezeigt. Nur sie können allein Ausgangspunkt für eine ehrliche und nicht antisemitische Betrachtung der Probleme im Nahen Osten, vor allem zwischen Israelis und Palästinensern und nicht zuletzt grundsätzlich mit den arabischen Nachbarstaaten sein. **Nur wer sich heute auf der theologisch-biblischen Grundlage beim Nahostproblem zwischen Israel und den Palästinensern bewegt, wie es Herr Prof. Martin Stöhr aufgezeigt hat, wird in der Lage sein, auch berechtigte kritische und dann auch friedliche Richtlinien aufzeigen zu können, für beide Seiten und nicht zuletzt für die „Immerbesserwisser im europäischen Westen“ als eine wichtige Grundlage zum Umdenken, auch in unseren christlichen Kirchen. Man kann auch heute noch und nie von Israel sprechen ohne biblischen Bezug. Wer dies trotzdem versucht, wie Herr Günther, wird weder den Israelis noch den Palästinensern gerecht werden können. Wer immer hier seine angebliche Besserwisserei ohne biblischen Bezug zum Besten gibt, wie z.B. Herr Günther, muss unweigerlich, ob er dies will oder nicht, zum latenten Antisemiten werden. Das biblische Land, so wichtig für die Realität des Existenzrechtes Israels, übersieht Herr Günther wissentlich. Warum nur?**

Was Sie nun, liebe Redaktion, aus dieser meiner brieflichen Stellungnahme machen, bleibt Ihnen allein überlassen. Ich jedenfalls habe aber hiermit wieder einmal meinen schon 40jährigen Frust zu diesem Thema niedergeschrieben.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

*Hans Reiter, Pfr. u. Dekan i. R.
Karl-Hintze-Straße 73, 38104 Braunschweig*



Zu Hansjürgen Günther: „Grenzenlose Solidarität mit Israel?“, Hessisches Pfarrblatt 4/2010, S. 87-93

Man sollte Herrn Dr. Günther nicht aufgrund seines Artikels den anscheinend von ihm erwarteten Vorwurf eines expliziten oder impliziten Antijudaismus bzw. Antisemitismus machen. Als wenig sinnvoll erscheint es auch, all die leider politisch einseitigen und zum Teil historisch falschen Punkte seines Textes aufzuzeigen. Auch die im Artikel vorgenommenen Verharmlosungen und Rechtfertigungen terroristischer Akte, etwa die an Zynismus kaum zu überbietende Bezeichnung der Geiselnahme und Ermordung israelischer Athleten 1972 in München durch die PLO als „Gefangennahme“ (S.90), ruft zwar Erschrecken hervor, ist leider aber immer wieder zu hören.

Erwähnenswerter erscheint mir eher, dass dieser Artikel zeigt, wie fragil die erfreulichen Ergebnisse des jüdisch-christlichen Dialoges und das gewachsene Vertrauen sind, wenn weiterhin eine christliche Haltung, wie sie in dem Artikel deutlich wird, fröhliche Urstände feiert. Eine Haltung, die den Juden erklären will, wie sie ihre Tora, ihre Religion zu verstehen und welche ethischen und politischen Konsequenzen sie daraus zu ziehen haben –, eine Haltung, die meines Erachtens allzu verständlich als unerträglicher Hochmut wahrgenommen wird. Sie ist auch durch das Heranziehen fragwürdiger „jüdischer“ Vertreter kaum zu kaschieren.

Den Redakteuren des Pfarrblattes ist insoweit zu danken, dass dem Artikel von Dr. Günther die Thesen von Martin Stöhr gegenübergestellt werden.

Sven Pernak, Kassel

FÜR SIE GELESEN

Erich Dorn, *Liegendes Kreuz und p-Zeichen. Meine Zeit im Paulinenstift Wiesbaden 1963-1976 in Diakonissen-Mutterhaus und Diakoniegemeinschaft, Taunusstein 2009.* Als Manuskript vervielfältigt. 66 S., Zentralarchiv der EKHN, Ahastr. 5a, 64285 Darmstadt.

Abweichend von der üblichen Praxis, hier nur Druckerzeugnisse anzuzeigen, sei auf den Erfahrungs- und Erlebnisbericht des früheren (1963–1976) Paulinenstift- und nachmaligen Wiesbadener Marktkirchenpfarrers (1977–1992) Erich Dorn über seine Tätigkeit im Diakonien-Mutterhaus und in der Diakoniegemeinschaft Paulinenstift Wiesbaden hingewiesen, den er 2009 als Ergänzung des vorliegenden einschlägigen Schrifttums z. B. im Blick auf die Gemeindekrankepflege, die Verbandsschwesternschaft und das geistliche Leben verfasst hat. Dabei wird das Ineinander von Frömmigkeits-, Sozial-, Bildungs- und Diakoniegeschichte in ihren verschiedenen Facetten deutlich. Der Leser bzw. die Leserin nimmt hier noch einmal teil an einer bewegten Zeit des Umbruchs nassauischer Diakoniegeschichte mit ihrer Förderung der Ausbildungsmöglichkeiten und ihrer Wahrnehmung von Neuansätzen, aber auch mit der Bürokratisierung, Technisierung und Verschulung der Diakonie. „Das Paulinenstift war in den dreizehn Jahren meine ‚Leidenschaft‘ geworden, seine Erhaltung mitten in allen Veränderungen mein Ziel. Es sollte ein Haus bleiben, das innerhalb der Diakonie und der Kirche im Nassauer Land einen festen und auf seinem Arbeitsgebiet anerkannten Platz einnimmt. Dafür setzte ich mich ein und hatte im Laufe dieser Jahre auch den Eindruck gewinnen können, dass unser Haus auf diesem Weg vorangekommen war“ (55). Dass die Entwicklung dann eine andere Richtung genommen hat, hatte nicht nur gesellschaftliche und sozialgeschichtliche Gründe.

Karl Dienst



Helmut Fischer: *Die Wunder Jesu. Mit szenischen Ikonen von Hildegard Rall.*

Michael Imhof-Verlag Petersberg 2010. 288 S. ISBN 978-3-86568-493-6.

Ein bemerkenswertes Buch des ehemaligen hessen-nassauischen Pfarrers und Friedberger Professors!

Bemerkenswert ist die Umsicht, mit der Fischer das Thema Wunder, Erzählung von Wundern, Verständnis von Wundern durch die Zeiten bis hin zur Gegenwart behandelt. Natürlich steht hier im Mittelpunkt die Zeit und Umwelt Jesu selbst. Das „Weltbild“ von damals wird dargestellt. Aber auch die Vorgeschichte im Alten Testament und in der Antike überhaupt wird geschildert. Dann folgt ein Gang durch die Geschichte der Christenheit. Über den Umgang mit Wundern in den verschiedenen Zeitaltern wird berichtet.

Bemerkenswert ist das Jona-Kapitel. Jesus hat gegenüber der Forderung eines Schau- und Beweis-Wunders vom „Zeichen des Jona“ gesprochen. Das ist Anlass, die ganze Geschichte von Jona zu behandeln. Dabei schildert Fischer seine eigenen Schwierigkeiten mit der Jona-Erzählung, denen dann die Entdeckungen folgten.

Bemerkenswert ist die Darstellung der gegenwärtigen Positionen. Auf der einen Seite gibt es Leute, welche die Wunder „natürlich“ erklären. Gemerkt habe ich mir das mit den Balken unter der Wasseroberfläche, als Jesus auf dem Meer wandelte. Mit einem Pulver, das er ins Wasser streute, hat Jesus in Kana den Wein zustande gebracht. – Auf der anderen Seite gibt es die Fundamentalisten, die Wert darauf legen, dass alles wirklich und „übernatürlich“ so geschehen ist. Fischer kritisiert beide Seiten, weil sie am Sinn, der Botschaft der Wunder, eigentlich nicht interessiert sind.

Um die jeweilige Botschaft geht es aber in der Auslegung der Wundergeschichten. Fischer behandelt sie eingehend. Dabei sortiert er systematisch in Dämonenaustreibungen, Krankheilungen, Totenerweckungen, Normenwunder (Heilungen am Sabbat) und Naturwunder. Am Ende steht die Hochzeit zu Kana. Ich könnte mir denken, dass die Auslegungen des Buches für Predigtvorbereitungen sehr hilfreich sind.

Bemerkenswert ist Fischers Gabe, alles einfach und gut verständlich darzustellen. Das Literaturverzeichnis nennt die Bücher, die bisher das Thema „Wunder“ behandelt haben, dazu die wichtigen Kommentare.

Bemerkenswert ist die Bildausstattung des Buches. Fischer ist theologischer Experte für Ikonen, zugleich Ikonenmaler. Das behandelt er

auch in Kursen. Hildegard Rall hat an solchen Kursen teilgenommen und sich auf szenische Darstellungen, Geschichten von Jesus spezialisiert. Ihre Bilder sind farbig wiedergegeben. Ich zähle 19 Bilder. Dazu kommen vergrößerte Ausschnitte. Der Ikonenstil ist ungewöhnlich, hilft aber dazu, dass auch die Bilder „auslegen“ und die Botschaft der jeweiligen Wunder aufscheinen lassen.

Otto Kammer



Karl Müller: Die Freude zieht durchs Land. Das Lukasevangelium ausgelegt für die Gemeinde. Bd.1, Kapitel 1-12 Gambacher Predigten, Bd.6, Verlag der Rhein Hessischen Druckwerkstätte 2010.

In 75 Predigten entfaltet der langjährige Gemeindepfarrer von Gambach und Ober-Hörgern in Oberhessen, Karl Müller, jeden einzelnen Abschnitt des Lukasevangeliums Kapitel 1-12. Mit zeitlichen Unterbrechungen hat er diese Predigten alle in den Gottesdiensten dieser zwei Landgemeinden gehalten, die seit dem 16. Jahrhundert reformiert sind. Man merkt seinen Predigten an, dass sie sehr gründlich vorbereitet wurden. Er verwendete die Lukaskommentare von Karl Heinrich Rengstorf und Francois Bovon, aber auch theologische Auslegungen von Helmut Gollwitzer, Wilfried Klötzli, Walter Lüthi und die Bände 4 und 5 der von Georg Eichholz herausgegebenen Reihe „Predige das Wort“ u. a.

Die 4 Kriterien, die ihn leiteten, waren: Predigten müssen biblisch, reformatorisch, verständlich und aktuell sein.

Das 1. Kriterium „biblisch“ hat er eingelöst mit seiner Demut vor dem biblischen Text und der festen Gewissheit, dass sich das Wort Gottes in der Gestalt dieses Evangeliums durchsetzen wird. In allen Predigten zeigt sich ein klares Bekenntnis zu den Heilstatsachen von der Geburt bis zur Wiederkunft Christi. Die ganze Heilsgeschichte Gottes mit den Menschen bewegt sich zwischen Gericht und Gnade, und es ist spannend zu verfolgen, wie hinter so manchen Gerichtsworten doch immer wieder die Gnade Gottes hervorleuchtet: Gott gibt seine Menschen nicht auf. Er ist treu!

Das 2. Kriterium „reformatorisch“ zeigt sich an den christuszentrischen Predigten. Man meint beim Lesen manchmal den Finger zu sehen, mit dem er auf Christus zeigt. An unserer

Stellung zu Christus entscheidet sich alles: unser Leben, unsere Hoffnung, unsere Erlösung. Manche Worte, die er aus dem Repertoire Karl Barths genommen hat, klingen in unseren heutigen Ohren allerdings etwas vereinnahmend, z.B. „beschlagnahmt für Gott“ oder ähnliches. Aber alles in allem atmen die Predigten das Evangelium von der freien Gnade Gottes, die einen hörenden Menschen ergreift und in ihm Glauben wachsen lässt. Interessant ist dabei die Auslegung des Barmherzigen Samariters. Es ist langweilig, über ein so bekanntes Gleichnis zu predigen, wenn es nur als eine platte Moralgeschichte ausgelegt wird. Aber bei Karl Müller gibt es Ansätze, bei denen auch hier die frohe Botschaft herausleuchtet: Jesus selbst ist der barmherzige Samariter, ohne den wir weder Gott noch unseren Nächsten lieben können. Sonst wäre es wirklich nur eine Moralgeschichte.

Das 3. Kriterium „verständlich“ ist ihm auch gelungen: Seine Sprache ist klar, die Sätze sind nachvollziehbar. Wer sich auf die Predigten einlässt, kann etwas mitnehmen für sein Leben. Karl Müller formuliert es am Schluss selber: „So ist jeder Gottesdienst, jede evangelische Predigt, jede Bibelarbeit eine ausgestreckte Hand unseres Herrn, mit der er nach uns allen greift, um uns für immer an sich zu binden“ (S.427).

Beim 4. Kriterium „aktuell“ gibt es Diskussionsbedarf. Es ist zu bedenken, dass diese Predigten vom 22. 10. 1989 bis 4. 9. 1994 gehalten wurden. Das ist eine ganze Zeit her. Er predigt davon, dass Gott in Jesus zu den Armen und Deklassierten kommt, was ja auch richtig ist, aber fühlen sich dadurch auch die Leute angesprochen, die Woche für Woche in unseren Gottesdiensten sitzen? Es sind doch meistens Mittelstandsleute und Bürgerliche. Müssten wir da nicht andere Worte finden, um die zu treffen, die Jesus heute meinen würde? Wie ist es mit Menschen, die Ängste haben, Sorgen oder einen Arbeitsplatz suchen? Will Jesus nicht gerade solchen Menschen Zuwendung geben und Mut machen?

Ein weiterer Punkt wären solche Sätze wie „Um unseres Herzens Härte willen verhungern heute Millionen Menschen“ (S.113). Das sind Pauschalverurteilungen, mit denen ein normaler Gottesdienstbesucher nichts anfangen kann. Millionen von Geldern sind seit Jahrzehnten in die Dritte Welt geflossen, aber das Grundproblem wurde nicht gelöst. Im Grunde gibt Karl Müller später selbst die Antwort: ein

Wohlfahrtsstaat für die ganze Welt, wo ein Teil nur noch die Hände aufhält, ist keine Lösung. Die Änderung muss im Menschenherz beginnen, auf beiden Seiten.

Die Predigten richten sich an die Christenheit, um sie aufzurütteln aus Trägheit und Gleichgültigkeit hin zu einem lebendigen Glauben an Christus.

Insgesamt sind die Predigten lesenswert und bringen neue Aspekte des biblischen Textes zum Vorschein. Gerade für Pfarrer, die oft predigen, bietet dieses Buch einige Anregungen.

Ulrike Eichler



Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hg.), *Inspirierte! Theater im Gottesdienst*. Verlag Evangelischer Medienverband, Kassel 2010; 108 Seiten; 19,90 Euro; ISBN 978-3-89477-877-4

Ein großes, weißes Bett: Abends noch stand es als Symbol für Erotik und Sexualität auf der Bühne des Kasseler Staatstheaters in der Produktion „Figaros Hochzeit“, an diesem Sonntagmorgen aber ist es raumgreifend im Altarraum der Kasseler Martinskirche platziert. Was auf den ersten Blick nicht zusammenpassen will, macht auf den zweiten Blick Sinn, lädt zu neuen Erfahrungen mit Kirche und Theater gleichermaßen ein. Das Bett und viele andere Requisiten mehr gehören zum Konzept einer Kooperation, die seit nunmehr fünf Jahren besteht: Seit der Spielzeit 2005 arbeiten das Staatstheater Kassel, die Martinskirchengemeinde und die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck zusammen in der Reihe „Inspirierte – Theater im Gottesdienst“. 25 Gottesdienste zu Produktionen des Staatstheaters wurden inzwischen gefeiert. Darunter waren Stücke mit explizit biblischer oder kirchlicher Konnotation ebenso wie völlig anders ausgerichtete Produktionen. Aber da es beim Theater letztlich immer um die Frage nach der menschlichen Existenz geht, existiert auch eine Brücke zum Gottesdienst. Sie muss nur betreten werden. Wie diese Brücke in Kassel betreten wurde, davon legt der vorliegende Band ein beredtes Zeugnis ab: 12 Predigten wurden ausgewählt, etwa zu Klassikern wie „Die Hochzeit des Figaro“, „Antigone“, „Tristan und Isolde“, oder auch zu Viktor Ullmanns Oper „Der Kaiser von Atlantis“ und der „Schändung“ von Botho Strauss. Jedem Stück, von dem es eine kurze Inhaltsangabe gibt, werden biblische Referenztexte zugeordnet, und in jedem Gottesdienst wirkten Mitglie-

der des Staatstheaters mit und gaben einen künstlerischen Einblick in die jeweilige Produktion. Schade fast, dass man im vorliegenden Buch „nur“ die Predigten zum Nachlesen bekommt – man hätte diese inspirierenden Gottesdienste gerne vollständig mitgefeiert. Die abgedruckten großformatigen farbigen Fotos bestärken diesen Wunsch. Aber die Reihe soll ja fortgesetzt werden – der Besuch in Kassel lohnt sich also auch deswegen. Und wer selbst eine Bühne in der Nähe hat, sollte sich durch dieses inspirierende Buch dazu anregen lassen, auch vor Ort als Kirche und Theater aufeinander zuzugehen.

Maik Dietrich-Gibhardt



BUCHANZEIGE

Exegetische Studien aus der neutestamentlichen Dissertation (Heidelberg, 2005) von **Pfrin. Dr. Friederike Erichsen-Wendt** aus Nidderau sind jetzt unter dem Titel: „**Gericht Gottes. Studien zum Corpus Paulinum und Plutarchs Dialog De sera numinis vindicta**“ auch in Buchform erschienen (Frankfurt am Main: AIM-Verlagshaus 2010, ISBN 978-3-936985-25-2, 39,80 Euro).



Presseinformation

Ausschreibung zum innovatio-Sozialpreis 2011 – 22.000 Euro für kirchliche Projekte

BRUDERHILFE-PAX-FAMILIENFÜRSORGE, die Versicherer im Raum der Kirchen, haben den mit 13.000 Euro dotierten „innovatio-Sozialpreis für caritatives und diakonisches Handeln“ ausgelobt. Neun weitere Projekte werden mit Unterstützung durch die Bank im Bistum Essen eG mit jeweils 1.000 Euro prämiert. Die Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes der EKD sind Schirmherren.

Projekte im Bereich der Kirche, Diakonie und Caritas, die einen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme in Deutschland leisten, sollten ihre Chance nutzen und die Bewerbungsunterlagen anfordern unter www.innovatio-sozialpreis.de oder schriftlich bei BRUDERHILFE-PAX-FAMILIENFÜRSORGE Birgit Krause, Stichwort „innovatio“, Kölnische Straße 108-112, 34119 Kassel, Telefon: 05 61/ 7 03 41- 30 11, Telefax: 05 61/7 03 41- 30 70 E-Mail: bewerbung@innovatio-sozialpreis.de

Einsendeschluss ist der 30. Juni 2011. Die Preisverleihung findet am 23. November 2011 in Berlin statt.

Angebote der Luther-Gesellschaft in Kurhessen-Waldeck

Die Luther-Gesellschaft wurde am 26. September 1918 auf Initiative des Jenaer Philosophieprofessors und Nobelpreisträgers für Literatur (1908) Rudolf Eucken gegründet. Sie ist getragen von der Überzeugung, dass die theologischen Erkenntnisse und Glaubenserfahrungen der Reformation auch für die gegenwärtigen Fragen des Glaubens und Lebens eine Hilfe bedeuten. Sie sieht sich verpflichtet, das reformatorische Erbe wachzuhalten und die Gemeinden bei der Reflexion und Vertiefung ihres evangelischen Christseins zu unterstützen.

Im Bereich der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ist die Luther-Gesellschaft mit zwei Bezirken vertreten. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sind die beiden Bezirksleiter gerne bereit, thematische Veranstaltungen in Kirchengemeinden anzubieten:

Bezirk Sprengel Hanau:

Pfarrer Michael Lapp

Finkenweg 27, 63579 Freigericht-Somborn

Telefon: 06055/9067509

Mail: lapp_michael@web.de

Themen:

1. Luthers Leben und Werk (mit PowerPoint-Präsentation)
2. Luthers Wirtschaftsethik
3. Die Auflösung der Klöster im Rahmen der Reformation in der Landgrafschaft Hessen (mit Dias – eine Schwerpunktsetzung bezüglich bestimmter Regionen und/oder Klöster ist möglich)

Bezirk Kurhessen:

Pfarrer Dr. Frank Hofmann

Wilhelmshöher Allee 330, 34131 Kassel

Tel. 0561/9378-307

Mail: frank.hofmann@ekkw.de

Themen:

1. Luthers Kleiner Katechismus – mit Erwachsenen gelesen (zum Beispiel in der Form von Gemeindeabenden)
2. Martin Luther und die Bibel (Vortrag)

Aktuelle Informationen finden Sie im Internet:
<http://www.luther-gesellschaft.com>

Talar zu verkaufen

Verkaufe Talar, preuß. Form, reine Schurwolle, Gr. 52/54, inkl. 3 Beffchen (uniert) und Riegel.

Anfragen bitte an: horstkoob@t-online.de

AUCH DAS NOCH ...

122 von 480 Orgelpfeifen geklaut:

Orgel wird weiter bespielt

Diebe haben in der Kirche der Gemeinde Gröbming in der österreichischen Obersteiermark 122 der 480 Orgelpfeifen gestohlen. Da ein Ersatz der handgefertigten Zinnpfeifen rund 20 000 Euro kosten würde, werde vorerst auf den verbleibenden Holz- und Blechpfeifen gespielt, sagte der evangelische Pfarrer Manfred Mitteregger.

Aufgefallen sei der Diebstahl, nachdem man sich über die nicht mehr so schönen Töne aus der Orgel gewundert habe. Zuerst sei ein technischer Defekt vermutet worden, beim Blick in den Orgelkasten fiel dann die Tat auf.

(Quelle: Oberhessische Presse, 14. 10. 2008)

Herausgeber und Verleger: Ev. Pfarrerinnen- und Pfarrerverein in Hessen und Nassau e.V., Geschäftsstelle: Melsunger Straße 8A, 60389 Frankfurt, Tel. (0 69) 47 18 20 / Fax (0 69) 47 94 87 sowie der Pfarrverein Kurhessen-Waldeck e.V., Geschäftsstelle Ev. Gemeindeamt, Barfußertor 34, 35037 Marburg, www.ekkw.de/pfarrerverein.

Redakteure: Pfr. Maik Dietrich-Gibhardt, Rosenstr. 9, 35096 Weimar, Tel. (0 64 21) 97 15 86; Pfrin. Susanna Petig, Karthäuser Str. 13, 34587 Felsberg-Gensungen, Tel. (0 56 62) 44 94 / Fax (0 56 62) 67 45.

Redaktionsanschrift: Pfr. M. Dietrich-Gibhardt, Haspelstr. 5, 35037 Marburg, Tel. (0 64 21) 91 26 13 / Fax (0 64 21) 91 26 33, E-Mail: m.dietrich-gibhardt@dwo-online.de.

Redaktionskommission: Dekan i.R. Lothar Grigat, Kasselweg 20, 34225 Baunatal-Großenritte, Tel. (0 56 01) 89 57 76; Pfr. Kurt Rainer Klein, Pfaffenwaldstr. 21, 55288 Schornsheim, Tel. (0 67 32) 33 67; Pfr. Dr. Martin Zentgraf, Hess. Diakonieverein,

Freiligrathstraße 8, 64285 Darmstadt, Tel. (0 61 51) 602-0, Fax (0 61 51) 60 28 98; Pfr. Wilfried Stötzner, Kirchstraße 11, 07924 Ziegenrück, Tel. (03 64 83) 2 22 58, Fax (03 64 83) 2 25 93; Pfr. Dierk Glitzenhirn, Korbacher Str. 215, 34132 Kassel, Tel. (05 61) 40 13 77, Fax (05 61) 4 00 90 09; Pfr. Werner Böck, Hochstädter Straße 40a, 60389 Frankfurt, Tel. (0 69) 47 88 45 28.

Druck: Plag, gemeinnützige Gesellschaft zur Entwicklung neuer Arbeitsplätze mbH, 34613 Schwalmstadt.
Der Bezugspreis ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten.
ISSN – 0941 – 5475

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 2. 11. 2010

Inhalt:

Editorial 110

„Melanchthon Prolongatus“
Ein fiktives Interview mit Philipp Melanchthon
Jochen Kunath / Konrad Fischer 111

Philipp Melanchthon – „Lehrer der Deutschen“
Zwei Radio-Ansprachen zum Thema
Klaus von Mering 115

Ein Land – zwei Welten?
Erfahrungen als Pfarrer
in Thüringen und Hessen
Hans Jürgen Basteck 116

Lebens- und Sterbebegleitung
Der Hospiz-Verein Gießen e.V.
und seine Aufgaben im regionalen Netz
zur Versorgung von Menschen mit
lebensbedrohlichen Erkrankungen
Robert Cachandt 119

Leserbriefe 122

Für Sie gelesen 129

Persönliche Nachrichten aus den drei
Pfarrerinnen- und Pfarrervereinen 132

Angebote der Luther-Gesellschaft
in Kurhessen-Waldeck 135

Auch das noch 135

Namentlich gekennzeichnete Beiträge erscheinen unter ausschließlicher Verantwortung der Verfasser.

Die persönlichen Nachrichten werden ohne Gewähr mitgeteilt.

Postvertriebsstück D 1268 F
Gebühr bezahlt beim Postamt Frankfurt 1
Abs.: Pfarrerverein, Melsunger Straße 8 A
60389 Frankfurt